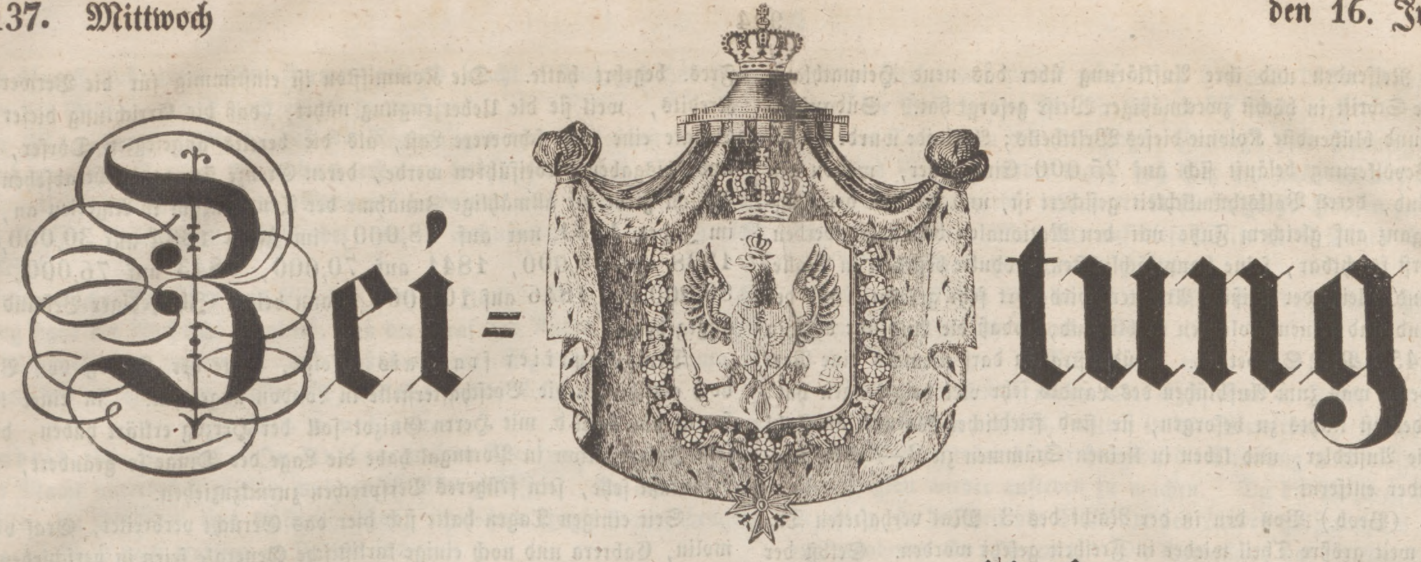
№ 137. Mittwoch den 16. Juni 1847.



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof=Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Berlin den 14. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Justiz= und Ober=Appellationsgerichts=Rath, von Kurcewski in Posen, den Rothen Adler=Orden vierter Klasse; so wie dem Förster Schikorowski zu Czirpitz, im Regierungsbezirk Bromberg, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg=Strelitz ist von Neu=Strelitz angekommen. — Se. Excellenz der General der Kavallerie und General=Adjutant Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, von Knorring, ist von St. Petersburg angekommen. — Se. Excellenz der General=Lieutenant und General=Inspekteur des Militair=Unterrichts= und Bildungswesens der Armee, Rühle von Lilienstern, ist nach Gastein abgereist.

Berlin, den 13. Juni. Folgendes sind die Zahlenverhältnisse, welche sich bei der mit Namenangabe veröffentlichten Abstimmung des v. Schwerinschen Amendements in Betreff der Periodizität des Landtags herausstellten. In der Provinz Preußen waren für das Amendement 76 Stimmen (und zwar 31 Stimmen aus der Ritterschaft, 25 aus dem Stand der Städte, 20 aus dem Stand der Landgemeinden), gegen das Amendement 11 Stimmen (und zwar 6 aus der Rittsch., 3 aus den Städten, 2 aus der Landgem.) In der Prov. Brandenburg: dafür 25 St. (4 aus der Rittersch., 14 a. d. Städt., 7 aus d. Landgem.); dagegen 39 St. (26 a. d. Rittersch., 8 a. d. Städt., 5 a. d. Landgem.) Prov. Pommern: dafür 30 St. (13 Ritt., 11 Städt., 6 a. d. Landgem.); dagegen 16 St. (10 Ritt., 5 Städt., 1 a. d. Landgem.) Prov. Posen: dafür 37 St. (17 Ritt., 14 Städt., 6 a. d. Landgem.); dagegen 1 St. a. d. Stande d. Rittersch.) Prov. Schlesien: dafür 38 St. (3. Ritt., 19 Städt., 16 a d. Landgem.); dagegen 39 St. (29 Ritt., 10 Städt.) Prov. Sachsen: dafür 30 St. (7 Ritt., 15 Städt., 8 a. d. Landgem.); dagegen 29 St. (19 Ritt., 6 Städt., 4 a. d. Landgem.) Westfalen: dafür 33 St. (4 Ritt., 12 Städt., 17 a. d. Landgem.); dagegen 18 St. (12 Ritt., 6 Städt.) Rheinprovinz: dafür 58 St. (11 Ritt, 23 Städt., 24 a. d. Landgem.); dagegen 13 St. (12 Ritt., 1 Städt.) Unter den Vertretern der Ritterschaft sämmtlicher Provinzen waren dafür: 90 St, dagegen: 115 St. Unter dem Stande der Städte waren dafür: 133 St., gagegen: 39 St. Unter dem Stande der Landgemeinden waren dafür 104 St., dagegen: 12 St.

Die neueste Nummer (23.) der Gesetz=Sammlung enthält die Allerhöchste Kabinetsorder vom 9. Juni 1847., die Beseitigung der Zweifel über die Auslegung des §. 33. der Bankordnung vom 5. Oktober 1846. wegen Annahme der Noten der Preußischen Bank bei öffentlichen Kassen betreffend. „Es ist durch das Staatsministerium zu Meiner Kenntniß gekommen, daß über die Auslegung des §. 33. der Bankordnung vom 5. Oktober v. J. wegen Annahme der Noten der Preußischen Bank bei öffentlichen Kassen, neuerlich Zweifel sich kund gegeben haben. Zur Beseitigung dieser Zweifel will Ich, nach dem Antrage des Staatsministeriums, hierdurch erklären, daß sämmtliche öffentliche Kassen, zu denen in dieser Beziehung auch die gerichtlichen Deposital=Kassen gerechnet werden sollen, unter allen Umständen verpflichtet sind, die Noten der Preußischen Bank für den vollen Betrag, auf welchen dieselben lauten, in Zahlung anzunehmen. Dieser Mein Befehl ist durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Sanssouci, den 9. Juni 1847. Friedrich Wilhelm. An das Staatsministerium.“

Von der Oder. Deutschland wird es längst mit Freude vernommen haben, welche Sorgfalt Preußen der Befestigung seiner Ostgrenze weiht und wie dort eine Festung und ein verschanzter Posten nach dem andern entsteht; denn diese Festungswerke sind eben so viele Bollwerke für Deutschland gegen eine Invasion des Nordens. Indessen vernahm man bisher nur von einer immer stärkern Befestigung der Landgrenze und der Weichsellinie. Die Sicherung der Seeküste schien minder ins Auge gefaßt zu werden. Allein die Wichtigkeit derselben ist unserer Regierung keineswegs entgangen. Bei der großen Ausdehnung unsers Küstenstrichs von Memel bis Stralsund ist immer zu fürchten, daß Rußland im Fall eines Kriegs sich nicht blos auf Landoperationen beschränken, sondern auch mit seinen Flotten angreifen und Landungen im Rücken der in Ostpreußen kämpfenden Deutschen Heere machen würde. Im siebenjährigen Kriege griff es bereits Kolberg zur See an, und im Jahre 1807 landete auch ein Russisches Heer im Rücken der Französischen Armee bei Danzig. Wenn nun auch Preußen im Fall eines Kriegs mit Rußland wahrscheinlich darauf rechnen könnte, daß eine Englische Seemacht seine Küsten gegen Russische Landungen sicherstellen würde, so gebietet die Vorsicht doch, auch zu Lande Vorkehrungen zu treffen, um eventuellen Russischen Landungen alsbald mit Erfolg entgegentreten zu können. Die bereits angekündigte Erbauung Preußischer Kanonenboote wird dies bewirken, und die jetzt am Ausflusse der Weichsel errichteten Festungswerke werden dazu beitragen, Danzig, das frische Haff, Elbing und überhaupt die dortigen fruchtbaren Gegenden Preußens vor Ueberfällen, das am Niemen streitende Heer aber vor einer Umgehung in seiner linken Flanke und vor einem Angriff in seinem Rücken zu schützen. So befestigt sich die Ostgrenze Norddeutschlands immer mehr, und dieses kann gerüstet, folglich unerschrocken der Zukunft entgegensehen.

Münster. (Elbfd. Z.) Ich theile die zuverläßige Nachricht mit, daß am 24. d. M. die neue Bischofswahl stattfindet, bei der abermals der Graf von Landsberg=Gehmen als Kgl. Kommissar fungiren wird, weshalb derselbe noch einige Tage vor dem Schlusse des Verein. Landtages hier eintreffen wird, um die nöthigen Vorbereitungen zu treffen.

Aachen den 10. Juni. Der Betrieb der hiesigen Tuchfabriken ist in Folge größerer Bestellungen ungefähr seit einem Monat ein befriedigender, namentlich erfreuen sich die größeren Fabriken eines ununterbrochen lebhaften Absatzes; auch die Nadel= und Maschinenfabriken gehen anhaltend gut. Doch hat sich der Verkehr im Großen und Ganzen, trotz der vorrückenden Jahreszeit, der günstigen Witterung und des leichten Verdienstes bei öffentlichen und zahlreichen Privatbauten von dem nachtheiligen Einfluß der Theuerung noch nicht ganz erholt.

Ausland.

Deutschland.

Bremen den 11. Juni. Die Bremische Schiffahrt ist in beständiger Ausdehnung begriffen, und zwar geschieht dies, ohne daß viel Aufhebens von der Sache gemacht wird. Jetzt ist wieder von dem Hause Erich F. Oelrichs eine regelmäßige Packetfahrt zwischen Bremen und Adelaide in Südaustralien via Capstadt begründet. Nachdem dasselbe schon seit 1844 alljährlich mehrere Schiffe mit Auswanderern nach jenem Lande expedirt hatte, hat es sich bei der vermehrten Zahl der Applikanten nun entschlossen, alle zwei Monate wenigstens, und zwar vom Juni dieses Jahres an, dorthin ein Schiff abgehen zu lassen. Da sich in neuerer Zeit in den Ostindischen Gewässern wieder viele Piraten gezeigt haben, so werden alle diese Schiffe vollkommen armirt sein und nach ihrer Größe drei bis sechs Kanonen nebst anderen Waffen führen; die sämmtliche Mannschaft, Kapitain, Steuermann und Matrosen, erhält Uniform, auf deren Knöpfen sich das alte patrizische Familienwappen des Rheders befindet. Die Auswanderung nach Südaustralien nimmt bedeutend zu und wird noch größer werden, wenn bei der nichts zu wünschen übrig lassenden Ausrüstung erwähnter Schiffe Preußen, wie man die Hoffnung hegt, die Auswanderung nach jenem Lande wieder freigegeben haben wird. Die Schiffe nach Adelaide unterliegen wie alle Auswandererfahrzeuge den darauf bezüglichen obrigkeitlichen Vorschriften, so daß vor jeder Ueberfüllung gewahrt (eine Person auf zwei Tonnen) und Wasser und Proviant hinreichend vorhanden ist. Außer den nothwendigen Reisebedürfnissen wird der Kajütenpassagier auch manche Gegenstände des Luxus vorfinden, wie z. B. eine gute Unterhaltungsbibliothek, wie überhaupt der Unternehmer für die

Bequemlichkeit der Reisenden und ihre Aufklärung über das neue Heimathland durch eine gedruckte Schrift in höchst zweckmäßiger Weise gesorgt hat. Südaustralien ist die jüngste und blühendste Kolonie dieses Welttheils; Adelaide wurde 1835 gegründet, die Bevölkerung beläuft sich auf 25,000 Einwohner, wovon ein Fünftel Deutsche sind, deren Volksthümlichkeit gesichert ist, und die von der Englischen Regierung ganz auf gleichem Fuße mit den Nationalen behandelt werden. Das Land ist äußerst fruchtbar, seine hauptsächlichsten Produkte bestehen in Wolle, Weizen, Kupfer und Blei, der fleißige Arbeiter wird dort sehr gesucht, und der Handel mit England und seinen Kolonien ist blühend, sodaß die Ausfuhr dorthin 1845 schon 148,459 Pfd. St. betrug. Südanstralien darf niemals eine Verbrecherkolonie werden, was zum Aufblühen des Landes sehr viel beigetragen hat; auch von den Wilden ist nichts zu besorgen, sie sind friedlicher Natur, an Zahl viel geringer als die Ansiedler, und leben in kleinen Stämmen zu 2—300 ziemlich weit von einander entfernt.

Stuttgart. (Beob.) Von den in der Nacht des 3. Mai verhafteten Tumultuanten ist der weit größre Theil wieder in Freiheit gesetzt worden. Selbst der als am schwersten gravirt bezeichnete Stuttgarter Buchbinder wurde wieder in Freiheit gesetzt.

Aus München vom 9. Juni enthält der Nürnberger Korrespondet Folgendes: „Wenn einer Norddeutschen Z. aus Berlin geschrieben wird, daß mehre Bundesregierungen, namentlich Baden Württemberg, den bestimmtesten Widerspruch gegen die Ausführung des bekannten Preßgesetzentwurfs erhoben hätten, so darf wohl angenommen werden, daß auch Baiern — vorausgesetzt, daß der erwähnte Preßgesetzentwurf in Wirklichkeit existirt — ein gleiches thun werde oder vielleicht schon gethan habe. Denn abgesehen von den freisinnigen Ansichten unserer Verwaltung bezüglich der Presse, würde ja, wenn jener Preßgesetzentwurf zum Gesetz erhoben werden sollte, dadurch nichts Geringeres geschehen, als die ganze Beilage III. unserer Verfassungsurkunde, d. h. das ganze Edikt über die Freiheit der Presse und des Buchhandels, außer Wirksamkeit gesetzt werden. Wir haben also von jener Schreckensgestalt, die unter dem Titel eines Preßgesetzentwurfs dermalen in der Deutschen Presse umherwandelt, kaum etwas zu fürchten. Die hohen Staatsmänner, welche jetzt an der Spitze der Verwaltung stehen, werden, dessen dürfen wir versichert sein, zu keiner die Presse beschränkenden Maßregel, unter welchem Titel oder Namen sie auch auftreten möge, die Hand bieten.“ — In München ist Hr. Eynard aus Genf eingetroffen.

(A. Z.) Der vollständigen Begnadigung des ehemaligen Bürgermeisters von Würzburg, Dr. Behr, ist die einzige Bedingung beigefügt, daß derselbe vor der Hand nicht Würzburg zu seinem Aufenthalt wähle.

Oesterreich.

Wien, den 10. Juni. Durch Cirkular der Regierung von Oesterreich unter der Enns wird sowohl die Erzeugung als der Verkauf und Gebrauch explodirender Stoffe auf das strengste untersagt.

Frankreich.

Paris, den 9. Juni. Man sagt, General Bedeau werde provisorisch mit den Funktionen des General-Gouverneurs von Algerien beauftragt werden. „Marschall Bugeaud“, heißt es im Constitutionnel, „hat bei seiner Abreise von Bugia in Gegenwart von hundert Offizieren, die ihn an Bord begleiteten, die feierliche Erklärung abgegeben, daß er nicht wieder zurückkehren werde. Diese Nachricht hat in Algier und anderwärts bei der Bevölkerung fast in demselben Grad, wie bei der Armee, einen peinlichen Eindruck gemacht, und selbst diejenigen, welche für Feinde des General-Gouverneurs gelten, hat die Kunde unangenehm berührt. Ungeachtet der fertigen Phrasen, wie z. B.: „Niemand ist unentbehrlich; Frankreich ist reich an Generalen“, glauben wir, der Marschall Bugeand werde schwer zu ersetzen sein.“ Der Constitutionnel sucht diese seine Meinung dann dadurch zu begründen, daß er nachweist, welchen moralischen Einfluß Marschall Bugeaud durch seine Persönlichkeit auf die Arabischen Stämme geübt habe. „Die Araber“, sagt das Organ des Herrn Thiers, „welche die Person höher anschlagen als die Dinge, schreiben ihre Niederlage nicht sowohl den unermeßlichen Hülfsmitteln Frankreichs, als vielmehr der mächtigen Persönlichkeit des dermaligen Gouverneurs zu. Sie erproben gern ihre Chefs. Jeder Wechsel der Behörde öffnet den Agitatoren Thür und Thor. Abd el Kader wird nicht verfehlen, die neue Gelegenheit zu benutzen, und der reiche Erntesegen wird ihm dabei trefflich zu statten kommen.“ Man hält es auch nicht für unwahrscheinlich, daß der Rücktritt des Gouverneurs den der Generale Bedeau und Lamoricière zur Folge haben dürfte. In diesem Falle wären die drei höchsten Stellen in Algerien zu gleicher Zeit erledigt, und man glaubt, daß die Regierung, um aus dieser Verlegenheit herauszukommen, dem Marschall Bugeaud einige Monate Urlaub lassen und ihn mittlerweile durch Einflüsse und Zugeständnisse zu bestimmen suchen werde, wieder an seinen hohen Posten nach Algier zurückzukehren.

Der National enthält ein Schreiben aus Algier vom 27. Mai, worin über die Expedition nach Kabylien, so wie über arge Plünderungen und Niedermetzelungen, berichtet wird, welche die Truppen der Kolonne Bugeauds nach dem Treffen in den eroberten Kabylen-Dörfern verübt haben sollen, wo sie angeblich unermeßliche Beute machten. Nur die dringende Bitte eines Kabylen-Häuptlings, der sich zu dem Marschall begab, soll diesen endlich vermocht haben, dem Blutbade Einhalt zu thun, nachdem die Französischen Truppen schon einen Theil der Ortschaften niedergebrannt hatten.

Der zweite Bericht des Herrn von Tocqueville über die Kredite für Algerien betrifft die Errichtung der Ackerbau-Lager, für welche der Kriegs-Minister 3 Mill. Frcs. begehrt hatte. Die Kommisstou ist einstimmig für die Verwerfung dieses Kredits, weil sie die Ueberzeugung nährt, daß die Errichtung dieser Lager dem Staate eine weit schwerere Last, als die bereits angelegten Dörfer, aufbürden und Ausgaben herbeiführen werde, deren Grenze sich gar nicht absehen lasse. Der Bericht giebt die allmählige Zunahme der Truppenzahl in Algerien an, welche sich im Jahre 1831 nur auf 18,000, im Jahre 1834 auf 30,000, im Jahre 1838 auf 48,000, 1841 auf 70,000, 1843 auf 76,000, 1845 auf 83,000 und 1846 auf 101,000 Mann belief. Ihr jetziger Bestand wird nicht angegeben.

Dem Courrier français zufolge, hätte der Herzog von Broglie nun doch entschieden die Botschafterstelle in London abgelehnt. In einer letzten Konferenz am 4ten d. mit Herrn Guizot soll der Herzog erklärt haben, die beschlossene Intervention in Portugal habe die Lage der Dinge so geändert, daß er sich veranlaßt sehe, sein früheres Versprechen zurückzuziehen.

Seit einigen Tagen hatte sich hier das Gerücht verbreitet, Graf von Montemolin, Cabrera und noch einige karlistische Generale seien in verschiedenen Verkleidungen von London in Paris angekommen, und hielten sich hier bei ihren legitimistischen Anhängern verborgen, um den günstigen Augenblick zum Eintritt in Spanien abzuwarten. Deshalb haben im Faubourg St. Germain gleichzeitig in zehn bedeutenden Privat-Hotels die erwähnten Nachsuchungen, von den Kellern an bis auf die Böden, stattgefunden, ohne jedoch zu einem Resultate zu führen.

Der Siècle erzählt, daß man dieser Tage einen von den höheren Beamten des Justiz- und Kultus-Ministeriums gefragt habe, ob die Sanctionirung des Gesetz-Entwurfs über das Kapitel von St. Deniz nicht viel Verlegenheiten und Unannehmlichkeiten für die Regierung herbeiführen werde. „Wissen Sie“, versetzte er angeblich, „wie viel Gesuche um Stellen beim Kapitel bereits eingegangen sind? Nicht weniger als 8000.“

Ritter Raffo, Minister des Bey's von Tunis, ist mit seiner Familie in Marseille eingetroffen.

Die Fregatte „La Poursuivante“, welche sich demnächst nach Otaheiti begiebt, wird der Königin Pomareh reiche Geschenke von Seiten des Königs der Franzosen überbringen.

Bu Masa, begleitet von Capitain Richard, wohnte heute der Sitzung der Deputirten-Kammer bei. Er kam sehr frühzeitig an und wartete ruhig den Anfang der Sitzung ab. Ein neben ihm sitzender Dolmetscher übersetzte ihm die lebhaftesten Stellen der Verhandlung.

Einige beunruhigende Gerüchte über das Befinden des Königs haben zu Anfang der Börse in allen Papieren eine ziemlich starke Baisse veranlaßt. Die Preise haben sich aber sogleich wieder etwas gehoben, weil die Gerüchte durchaus unbegründet waren. Man meldete sogar, der König sei diesen Morgen nach Paris gekommen und befinde sich vollkommen wohl. Eisenbahnaktien sind ebenfalls ansehnlich gewichen und alle Linien waren angeboten; indessen waren die letzten Course fester.

In der Deputirten-Kammer wurde heute die Diskussion über Algerien fortgesetzt; in der gestrigen Sitzung ist noch von keiner Seite, wie die Débats sagen, scharf gefeuert worden.

Die Regierung hat die Französische Seestation im Tajo um vier Fahrzeuge verstärken lassen. Die Eskadre wird unter die Befehle eines Contreadmiral gestellt und sich mit dem Englischen Geschwader verbinden, um Oporto zu belagern. Aus dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheit soll, wie das Gerücht geht, ein Abtheilungschef mit einer außerordentlichen, die gegenwärtigen Zustände in Portugal betreffenden Mission nach Lissabon gesendet werden.

Die Dimission des Marschalls Bugeaud und der Prozeß Girardin sind der Hauptstoff des allgemeinen Gesprächs. Beide Intermezzos werden schneidende Folgen nach sich ziehen. Der Herzog von Isly wird anfänglich in Excideuil boudiren, dann ein kleines Frage- und Antwortspiel in den Kammern arrangiren und plötzlich als Deus ex machina und Jupiter tonans auftreten. Das Britische Kabinet freut sich wo möglich noch mehr als die Französische Opposition, diesen Coup de Jarnac vorbereitet und wohlwollend herbeigezogen zu haben. So weit ist es gediehen mit dem „herzlichen Einverständniß“, das den Wiener, Berliner und Petersburger grünen Tischen angeblich so viele Besorgnisse erweckt haben soll. Bugeaud, der Vielgehaßte, (noch von dem 1832r Pariser Aufstande und von Lyon her) ist jetzt ein durchaus populärer Mann geworden, diesseits und jenseits des Kanals, eine Fahne, zu der alle offenen und geheimen Feinde Guizot's schwören. Selbst die Minotaur-Times rufen mit diplomatischem Schmerz und Krokodilsthränen: „so wurde dieser General behandelt, dessen alleiniger Name ehemals eine ganze Armee werth war.“ Constitutionnel, Siecle, Presse, Gazette de France, Union monarchique ꝛc. sagen genau dasselbe. Das herzliche Einverständniß besteht also noch, aber nur im umgekehrten Sinne. — Girardin seinerseits, der Tödter Carrell's, der verachtete Girardin ist ebenfalls jetzt ein Getragener der Opposition, mithin ein Mann des Volks. Man sieht, wie leicht es ist, hier ein Mann des Volks zu werden. Das Recept zu dem Decoct wird von allen Parteiblättern täglich für 50 Centimes feilgeboten. „Kauft zuerst mich, dann kauft meinen Bruder, Schwager, Vetter, die ganze Kyrielle von Verwandten, Bekannten und Vaganten, und ihr könnt machen, was ihr wollt. Heute seid ihr Epicier, morgen Rentier, heute nichts, morgen alles; die Deputirtenstelle, die Pairie, das Ehrenkreuz mit der Rose, was ihr wollt, es kann euch nichts entgehen. Aber um alles zu erlangen, kauft mich, kauft Prix-fixe mich und die Meinigen,“ das ist die stürmische Beredsamkeit, welche

sich jetzt überall und unter allen Formen geltend macht. Bugeaud hat Geld, Girardin hat Geld — da ist noch etwas zu machen. . . .

Der Moniteur berichtet, daß die Regierung neuere Depeschen von dem Kommandanten der Station Bourbon erhalten habe; sie reichen bis zum 2. Februar. Ueber das Schicksal des „Berceau" hatte man noch immer keine Kunde. Die drei Schiffe, welche man ausgesendet, um sie aufzusuchen, waren noch nicht zurückgekehrt.

Telegraphische Depeschen aus Lissabon vom 2. Juni melden, die Spanische Regierung habe die Nachricht erhalten, daß der Graf das Antas mit 2—3000 Mann kriegsgefangen geworden, und daß das ganze Eigenthum der Junta in die Gewalt des Geschwaders gefallen sei, welches Porto blokirt.

Spanien.

Madrid, den 3. Juni. In Aviles mußten Theurungsunruhen mit bewaffneter Macht unterdrückt werden und es ist Blut geflossen. An vielen Orten verdoppelten die Behörden ihre Anstrengungen, ähnlichem Unglück vorzubeugen, indem sie die Noth nach Kräften zu lindern suchen.

Der Modus der Intervention in Portugal scheint nunmehr zwischen Pacheco und dem Grafen von Thomar definitiv geregelt. Da die Spanischen und Portugiesischen Truppen vereint operiren sollen, so erhält der General der einen oder der andern Nation, welcher der älteste und dem Grad nach der höchste ist, den Oberbefehl der kombinirten Armee.

Gestern Abend sechs Uhr ist Monsignor Brunelli von der Königin in einer Privataudienz empfangen worden. Da der Prälat nicht als Nuntius, sondern nur als päpstlicher Legat hier ist, so fand der Empfang ohne großes Gepränge statt.

Nach den Berichten aus Catalonien scheint Tristany's Schicksal auf die Karlisten keinen erheblichen Eindruck gemacht zu haben. Sie bedauern nur, daß mit ihm der ungewöhnliche Einfluß, den er besonders auf die Bauern des Hochlandes übte, verloren gegangen ist. Was seine kriegerische Befähigung anlangt, so kann sie leicht und überdem besser ersetzt werden. Tristany ist übrigens durch seine allzugroße Zuversicht zu Grunde gegangen. Er hatte die Gewohnheit, niemals die Nacht an einem Orte zuzubringen, wo er sich am Abend aufgehalten; er blieb vielmehr, bis die dunkle Nacht hereingebrochen war, und nahm dann in der Regel seine Stellung so ein, daß er den Feind mit Erfolg überfallen konnte, wenn dieser anrücken sollte, um ihn an seinem vermeintlichen Aufenthalt aufzusuchen. Von dieser Gewohnheit ist er am 14. Mai ausnahmsweise einmal abgegangen und darum gelang es dem Obersten Baxeras, der auf die Verfolgung Tristany's so viel Zeit und Mühe verwendet hatte, den gefährlichen Bandenführer endlich in seine Gewalt zu bekommen.

Man erwartete jeden Augenblicke zu Barcelona die Ankunft des Herrn Ventura Diaz, der zum politischen Chef der Provinz ernannt ist. Derselbe hat eine große und schwere Aufgabe, denn er soll die vom Militair-Befehlshaber begonnene Pacification des Landes durch wohlberechnete Verwaltungs-Maßregeln vollenden und befestigen.

Die Ultramoderirten fahren fort, in dem Blatt el Faro dem Könige das Recht zuzusprechen, auf der feindlichen Haltung gegen seine Gemahlin zu beharren und ihn als das Opfer der Intriguen eines fremden Diplomaten darzustellen. Der Españ ol versichert dagegen, die Zwistigkeiten der Königlichen Familie hätten ihre Veranlassung in verschiedenen Konferenzen, die der König mit einem fremden Diplomaten hielt, der die Resultate derselben an seinen Hof berichtete. „Herr Guizot, Graf Bresson, Lord Palmerston, Herr Bulwer und selbst Herr Isturiz," sagt dieses Blatt, „wissen sehr wohl, ob einige Wahrscheinlichkeit vorhanden war, daß die Ehe glücklich sein würde; und zu den Gründen, die man schon damals erkannte, ist noch die förmliche Absicht hinzugekommen, sich des Ehegatten zu bemächtigen, um ihn zu einem Werkzeuge verrätherischer Zwecke und zur Veranlassung der Herabwürdigung des Thrones zu machen, dessen Erledigung man herbeizuführen wünscht."

Auch der Faro behauptet, der Englische Gesandte hätte die verschiedenen in der Familie des Infanten Don Francisco eingetretenen Mißheirathen absichtlich herbeigeführt.

Der General Concha befindet sich seit dem 26. in Salamanca, wo die Interventions-Armee zusammengezogen wird. Sie besteht aus 24 Bataillonen, 5 Sappeur-Kompagnieen, 6 Regimentern Kavallerie und 8 Batterieen.

Dänemark.

Kopenhagen, den 10. Juni. Binnem Kurzem wird ein Russisches Dampfschiff hier eintreffen, welchem demnächst eine aus 9 Linienschiffen, 3 Fregatten und mehreren Briggs bestehende Russische Flotte folgen wird.

Niederlande.

Aus dem Haag, den 7. Juni. Die Regierung hat der zweiten Kammer der Generalstaaten auf den Bericht, welchen die Kommission dieser Versammlung über den Entwurf des Budgets für 1848 und 1849 bei ihr eingereicht hat, ihre Antwort mitgetheilt. Es heißt darin unter Anderem: „Was den Anschluß unserer Rheinischen Eisenbahn an die Preußische betrifft, so ist keineswegs in dieser Angelegenheit ein Stillstand eingetreten; man hat sich vielmehr schon auf dem Platze selbst von beiden Seiten über den Punkt der Anschließung verständigt, und es ist darüber bereits eine vorläufige Uebereinkunft getroffen worden."

Rußland und Polen.

St. Petersburg den 5. Juni. Künftig werden von der Preußischen Grenze hierher und zurück wöchentlich drei mal leichte Kabrioletposten fahren, in denen die Beförderung für die Person 35 Silberrubel beträgt. Die Wagen gehen von Tauroggen des Dienstags, Freitags und Sonntags ab.

Aus Grusien meldet man, daß dort ein ausgedehnter Krieg gegen die Heuschrecken geführt wird. Man treibt sie in große Haufen zusammen und fängt sie dann in Säcken. Man hat auf diese Weise in 9 Tagen 3000 Pud oder mehr als 100 Million Heuschrecken getödtet.

Die Russischen Märkte am Kaukasus sind von den Tschetschenzen und Tscherkessen in diesem Jahre stark besucht.

Moldau und Walachei.

Von der Türkischen Grenze, den 3. Juni. In neuester Zeit haben es wieder Einige versucht, mitten in der Verwirrung, welche in den Angelegenheiten der Donaufürstenthümer herrscht, die Ordnung wiedererstehen und die verkannte Gerechtigkeit wieder aufleben zu machen. Da die Bojaren keine direkten Steuern bezahlen, so bestehen die Einkünfte des Landes größtentheils in der von den Bauern erhobenen Kopfsteuer. Die Verfassung hat die Taglöhner und das Hausgesinde ohne Haus und Bodenbesitz von dieser Abgabe entbunden. Die Regierung aber, um die für den Aufwand und die Verschleuderungen der Verwaltung unzulänglichen Einkünfte zu erhöhen, setzte von Zeit zu Zeit auch gesetzlich befreite Hörige willkürlich auf die Steuerliste. Drei Grundherren, als Vertreter ihrer Kommunen, die HH. Rachkan, Ratclif und Matinesko, haben es nun unternommen, dieser ungesetzlichen Maßregel entgegenzutreten. Vom Minister bedroht, haben sie sich mit einer im Namen ihrer Kommunen unterzeichneten Adresse an den Fürsten der Moldau gewendet. Diese Adresse, mit aller Mäßigung und der Würde und Person des Hospodars gebührenden Ehrerbietung abgefaßt, verlangte nicht blos eine Revision der Steuerlisten, sondern legte auch dem Fürsten den kläglichen Zustand des öffentlichen Haushalts dar. Sie beschwor ihn im Namen des Vaterlandes, sein System zu ändern und das Land von dem Russischen Einflusse zu befreien. Namentlich diese letztere Forderung zog den Bittstellern Verfolgungen zu, da sie natürlich in Petersburg sehr übel vermerkt wurde.

Die Donaufürstenthümer sind ein Schlüssel der Pforte. In jedem Kriege, den Rußland gegen das Türkische Reich führt, sind sie ein so wichtiges Bollwerk für das Letztere, wie nur immer Belgien für Frankreich sein mag. Die westlichen Mächte würden sehr weise handeln, wenn sie sich ein wenig darum bekümmerten. Mit Klugheit und Energie könnte man sie jetzt noch dem Russischen Einfluß entziehen, und damit den Interessen des Türkischen Reiches, in welche, wie die Dinge stehen, die allgemeinen Europäischen Interessen so wesentlich verflochten sind, einen wichtigen Dienst leisten.

Vermischte Nachrichten.

Als ein recht empfehlenswerthes Schriftchen dürfen wir den vom norddeutschen Volksschriften-Verein herausgegebenen „Brief eines Mitgliedes des norddeutschen Volksschriften-Vereins an seinen Vetter und Landsmann; veröffentlicht an Stelle eines Jahresberichts des Vereins" (Berlin bei Rieß) bezeichnen, das in einem gemüthlichen Volkston abgefaßt ist und auf alle Leser einen wohlthuenden Eindruck machen muß.

Eine Französische Zeitung giebt von dem Helden des Kaukasus, Schamyl, folgendes Bild: Schamyl ist wohlgebaut, von mittlerm Wuchse und von einer robusten Constitution. Stets zu Roß und immer prächtig gekleidet. Sein Gefolge besteht größtentheils aus Kosacken und Polnischen Uhlanen. Er ist freigebig bis zur Verschwendung und theilt seine Beute großmüthig mit den Genossen seiner Gefahren. Er liebt Poesie und Wissenschaft und umgiebt sich gern mit Dichtern, die seine Siege in Triumphliedern besingen müssen. Rasch in seinen Plänen und Handlungen ist er überall und fährt wie ein Blitzstrahl unter die Russischen Vorposten, die er oft gänzlich aufreibt, worauf er sich augenblicklich in seine unzugänglichen Berge zurückzieht.

Nicht aus Schilda, sondern aus Schweidnitz erzählt der Freimüthige Folgendes: „Vor kurzem rief der Tod einen Nachtwächter vom kurzen irdischen Schlafe zum langen ewigen ab. Der Andrang zu dem Posten war sehr groß, und die Wahl wurde schwierig. Der Dahingeschiedene hatte nichts als ein Paar nagelneue Stiefeln hinterlassen, welche nicht dem Menschen, sondern dem Nachtwächter gehörten, und nach seinem Tode dem Magistrat anheimfielen. Flugs stellten einige der Wahlherren die Bedingung auf: Wem die Stiefeln paßten, der sollte den Posten bekommen.

Theater.

Der beliebte Komiker, Herr Fr. Mayer, dessen Talent und Fleiß von allen Theaterfreunden bereitwilligst anerkannt wird, beabsichtigt am Donnerstag den 17ten d. zu seinem Benefiz ein neues Wiener Lokalstück hier zur Aufführung zu bringen, das auf den Theatern, wo es bis jetzt gegeben worden, entschiedenen Beifall gefunden hat; in Wien ist es, wie die Zeitung besagt, bereits zum 68sten Mal aufgeführt, und in Berlin erfreut es sich gegenwärtig der günstigsten Aufnahme. Es ist dies „der Goldteufel, oder: ein Abenteuer in Amerika", ein romantisch-komisches Gemälde mit Gesang in 3 Akten. In den bisher erschienenen Recensionen werden besonders der Reichthum an Effektscenen und die anmuthigen Melodieen hervorgehoben, die dem Stücke überall einen guten Erfolg sichern dürften. Wir müssen es Hrn. Mayer Dank wissen, daß er bedeutende Kosten daran gewandt hat, diese Novität zu acquiriren, und darum dürfen wir aber auch hoffen, daß unser Publikum, das sich gewiß einen heitern Abend versprechen darf, ihn durch möglichst zahlreichen Besuch entschädigen und für sein rastloses Streben belohnen werde. G.

Stadttheater in Posen.

Donnerstag den 17. Juni zum Benefiz des Herrn Mayer zum Erstenmale: Goldteufel, oder: Ein Abenteuer in Amerika; romantisch-komisches Gemälde mit Gesang in 3 Aufzügen von Carl Elmar, Musik vom Kapellmeister A. E. Titl.

Für den hier aufgekommenen Betrag von 39 Rtlr. zum Besten der Abgebrannten in Wernigerode hat das zur Unterstützung der letzteren eingesetzte Comité allen Denen, die dazu gütigst beigesteuert, den herzlichsten Dank gesagt. K.

Kunst-Ausstellung.

Montag den 21sten Juni findet die Eröffnung der Kunst-Ausstellung im großen Saal des Hôtel de Saxe (Breslauerstraße Nro. 15.) hierselbst statt. Die erste Abtheilung wird bis zum 11ten Juli, die zweite vom 14ten Juli bis 10ten August von Morgens 9 Uhr bis Abends 6 Uhr — an Sonn- und Festtagen aber erst von 11 Uhr Morgens ab — der Ansicht der Kunstfreunde dargeboten seyn.

Eintrittspreis 5 Sgr.

Preis des persönlichen Abonnements für die Dauer der Ausstellung 1 Rthlr.

Preis des gleichen Abonnements für eine Familie 3 Rthlr.

Posen, den 14. Juni 1847.

Der Verwaltungs-Ausschuß des Kunst-Vereins.

Auktion.

Mittwoch den 30. Juni Mittags 12 Uhr soll vor dem **Hôtel de Vienne** ein ganz bedeckter **Kutschwagen**, in 4 Federn hängend, nebst Zubehör **in bestem Zustande**, und ein goldener **Ring mit einem Solitair** gegen baare Zahlung öffentlich versteigert werden. Anschütz.

Stargard-Posen.

In Folge gestrigen Beschlusses unserer General-Versammlung erklären wir uns vergleichsweise bereit, von denjenigen ersten Zeichnern zu unserem Unternehmen und deren Cessionarien, auf deren Zeichnungen eine oder mehrere Einzahlungen unberichtigt sind, diese Rückstände jetzt, mit Verzicht auf die verwirkte Conventional-Strafe anzunehmen, wenn

1) die Zahlung solcher Rückstände innerhalb der zur Einziehung der 5ten Rate angesetzten Termine, das ist spätestens bis zum 10ten Juli d. J. erfolgt, und
2) die Verzugszinsen davon (5 $\frac{5}{6}$, doch nach Abrechnung zu compensirender 4 $\frac{5}{6}$, also) mit einem Procent der Raten von deren bestimmt gewesenen Fälligkeits-Terminen an, bis zum 6ten Juli d. J., mithin für einzuzahlende 100 Rthlr.
   der 2ten Rate vom 18ten April 1846 an, mit 1 Rthlr. 6½ Sgr.,
   der 3ten Rate vom 6ten December 1846 an, mit 17½ Sgr.,
   der 4ten Rate vom 6ten April 1847 an, mit 7½ Sgr.,
   berichtigt werden, wogegen wir den Besitzern der Quittungs-Bogen die Zinsen für die frühern Einschüsse zu Gute rechnen;
3) Diejenigen, zwischen denen und uns wegen dieses Gegenstandes Prozesse schweben, sämmtliche Kosten übernehmen.

Durch diese Erklärung soll, wie hiermit ausdrücklich bemerkt wird, die Wirksamkeit unserer Bekanntmachung vom 25sten Februar d. J., nach welcher wir die Inhaber mehrerer nach Nummern bezeichneten, resp. Zusicherungs-Scheine und Quittungsbogen zur Zahlung, bei Vermeidung der Verlustigkeits-Erklärung ihrer Rechte, aufriefen, nicht aufgehoben seyn; doch wollen wir, rücksichtlich der zuvor ausgesprochenen allgemeinen Vergünstigung, von jener vorbehaltenen Erklärung vor dem 10ten Juli d. J. keinen Gebrauch machen.

Gleichzeitig erklären wir, dazu veranlaßt durch mehrfache Anfragen und Anerbietungen uns bereit, Vollzahlungen anzunehmen und für dieselben besondere halbjährige Zinsanweisungen bis Ende 1848 zu ertheilen.

Stettin, den 11. Juni 1847.

Das Directorium
der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.

Masche. Wegener. Fraissinet.

Niederschlesische Zweigbahn.
Sommerfahrplan vom 1. Mai c. an.

A.	Abfahrt von Glogau	Ankunft in Hansdorf	Anschluß nach Berlin. Abgang v. Hansdorf	Anschluß nach Berlin. Ankunft in Berlin	Anschlußzug nach Breslau und Görlitz. Abgang v. Hansdorf	Anschlußzug nach Breslau und Görlitz. Ankunft in Breslau	Anschlußzug nach Breslau und Görlitz. Ankunft in Görlitz
I. Morgens	9 U. 30 M.	12 U. — M.	1 U. 8 M. Mittags.	7 U. 33 M. Abends.	1 U. 46 M. Mittags.	8 U. 19 M. Abends.	3 U. 45 M. Mittags.
II. Mittags (Lokalzug)	1 = 30 =	4 = — =	Der Lokalzug wird im Mai an Sonn- und Festtagen, vom 1. Juni c. ab täglich befördert.				
II. Abends	6 = 30 =	9 = — =	10 U. 2 M. Abends.	5 U. — M. Morgens.	5 U. 24 M. Morgens.	11 U. 15 M. Morgens.	7 U. 30 M. Morgens.

B.	Abfahrt v. Hansdorf	Ankunft in Glogau	Anschlußzug von Berlin. Abgang von Berlin	Anschlußzug von Berlin. Ankunft in Hansdorf	Anschlußzug von Breslau und Görlitz. Abgang von Breslau	Anschlußzug von Breslau und Görlitz. Abgang von Görlitz	Anschlußzug von Breslau und Görlitz. Ankunft in Hansdorf
I. Morgens	5 U. 45 M.	8 U. 10 M.	10 U. 45 M. Abends.	5 U. 14 M. Morgens.	4 U. — M. Mittags.	7 U. 15 M. Abends.	9 U. 52 M. Abends.
II. Mittags	2 = — =	4 = 25 =	7 U. — M. Morgens.	1 U. 36 M. Mittags.	7 U. — M Morgens.	10 U. 22 M. Morgens.	12 U. 58 M. Mittags.
III. Abends (Lokalzug)	7 = — =	9 = 25 =	Der Lokalzug wird im Mai an Sonn- und Festtagen, vom 1. Juni c. ab, täglich befördert.				

Bemerkungen.

1) Angehalten wird auf den Stationen Nilbau, Klopschen, Quaritz, Waltersdorf, Sprottau, Buchwald und Sagan.
2) Auf den Haupt-Stationen unserer Bahn findet ein unmittelbarer Billet-Verkauf vorläufig nach Berlin, Frankfurt, Sorau, Görlitz und Breslau statt, und umgekehrt können in Berlin, Frankfurt, Görlitz und Breslau Billets bis Glogau, in Sorau aber bis Sagan gelöst werden.
3) Einer besonderen Uebernahme und Aufgabe des Gepäcks Seitens der Passagiere bei dem Uebergange von einer Bahn auf die andere, bedarf es in Hansdorf nicht, sondern nur eines Umtausches der Garantiescheine.
4) Alle übrigen Bestimmungen ergiebt das Betriebs-Reglement, welches auf allen Stationen für 1 Silbergroschen zu haben ist.
5) Die Nachtzüge der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn schließen in Berlin und resp. Breslau unmittelbar an die nach Hamburg und Stettin resp. Wien gehenden und von dorther kommenden Züge an.

Glogau, den 27. April 1847.

Die Direktion der Niederschlesischen Zweigbahn-Gesellschaft.

Bekanntmachung.

Die Bau-Reparaturen an den hiesigen Königlichen Train-Gebäuden, bestehend aus Zimmer-, Maurer-, Dachdecker-, Maler- und Töpferarbeiten, sollen an die Mindestfordernden vergeben werden, und haben diesfällige Unternehmer ihre schriftlichen Submissionen bis spätestens

Montag den 28sten d. M. Vorm. um 9 Uhr im Geschäftslokale des unterzeichneten Depots (Magazinstraße No. 7.) abzugeben, woselbst die Kostenanschläge nebst den zum Grunde liegenden Bedingungen zur vorherigen Einsicht bereit liegen. Nachgebote werden indessen nicht angenommen.

Posen, den 14. Juni 1847.

Königl. Train-Depot.

Bekanntmachung.

Zur öffentlichen Verpachtung des ersten Grasschnittes in den einzelnen Schutzbezirken der Oberförsterei Moschin stehen folgende Termine an: 1) für den Schutzbezirk Kraykowo auf Freitag den 25sten Juni; 2) für den Schutzbezirk Grzybno auf Sonnabend den 26sten Juni; 3) für den Schutzbezirk Luisenhayn auf Montag den 28sten Juni. — Pachtlustige werden hierdurch eingeladen. Die Termine beginnen um 8 Uhr Morgens und der Versammlungsort ist die betreffende Försterwohnung.

Forsthaus Ludwigsberg, den 9. Juni 1847.

Königl. Oberförsterei Moschin.

---

100 Stück fette Hammel stehen zum Verkauf auf dem Dominium Mieścisko bei Bythin.

Zu beachten.

So eben habe ich mehrere Kisten verschiedener Waaren erhalten, und verkaufe

1) geschmackvolles Sommerzeug zu Rock, Hosen, so wie eine ächte Piqué-Weste, alles zusammen für 1 Rthlr. 15 Sgr., als Zulage noch ein Herren-Shawl;
2) geschmackvolles Sommerzeug zu Hosen und Weste für 17½ Sgr.;
3) $\frac{6}{4}$ Frangen-Tücher 3½ Sgr.;
4) $\frac{5}{4}$ blauer u. grauer Parchent, die Elle 1⅙ Sgr.;
5) $\frac{8}{4}$ rothes Gardinenzeug, 2 Sgr.;
6) weiße gemusterte Gardinenzeuge mit und ohne Borten, die Elle 3 bis 6 Sgr.;
7) schwarzer gemusterter Camlott 6 Sgr.;
8) weiße Unterröcke von 10 bis 17 Sgr.;
9) Bettdecken, die ich früher mit 7 Rthlr. verkauft habe, verkaufe ich jetzt mit 3½ bis 3 Rtlr.

Die noch bei mir befindlichen Waaren von kattunen und wollenen Zeugen verkaufe ich jetzt mit 40 Prozent Verlust, da ich schon in 14 Tagen zur Frankfurter Messe reise.

Ich bitte ein geehrtes Publikum, die Zeit wahrzunehmen. Der Anfang des Verkaufs der billigen Waaren beginnt mit dem 16ten d. Mts. Morgens, und wird alle Tage von 7 Uhr früh bis 8 Uhr Abends fortgesetzt.

Löbel Sabor,
Wasserstr. No. 11. 1 Tr. hoch.

Im Hause des RR. Kretzschmer, Kuhndorf No. 15., ist vom 1sten Juli c. ab eine möblirte Stube nebst Kabinet für 5 Rthlr. monatlich zu vermiethen.

Zu vermiethen
Wilhelmsstraße No. 8.,
trockene und helle Kellerwohnungen.

Aecht Englischen Porter empfing
Carl Scholtz.

Limburger Sahnkäse כשר empfiehlt zu billigem Preise der Restaurateur L. Cassel, No. 16. der neuen Brodhalle gegenüber.

Getreide-Marktpreise von Posen,

den 14. Juni 1847. (Der Scheffel Preuß.)	Preis von Rtl.	von Sgr.	von Pf.	bis Rtl.	bis Sgr.	bis Pf.
Weizen d. Schfl. zu 16 Mtz.	4	13	4	4	24	5
Roggen dito	4	2	3	4	8	11
Gerste	2	24	5	3	3	4
Hafer	1	23	4	1	28	11
Buchweizen	2	21	1	3	—	—
Erbsen	4	22	3	5	—	—
Kartoffeln	1	3	4	1	10	—
Heu, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	27	6	1	—	—
Stroh, Schock zu 1200 Pf.	8	—	—	8	15	—
Butter das Faß zu 8 Pfd.	1	15	—	1	17	6

(Hierzu zwei Beilagen.)

Landtags-Angelegenheiten.

Sitzung der Vereinigten Kurien am 7. Juni.

(Schluß.)

Abg. v. Saucken (fährt fort): Aus diesen Gründen muß ich mich, ohne weiter die Spezialitäten zu berühren, auch bei der großen Nützlichkeit der Sache dagegen erklären. Denn ich muß es sagen, wenn ich auch alle Hütten meines Landes durch die Bewilligung des Anlehens zu Schlössern verwandeln könnte, so würde ich in dem Glauben, daß mit leichtem und ruhigem Gewissen es sich glücklicher und behaglicher in einer Hütte als mit einem beschwerten im Paläste selbst wohnen läßt, dagegen stimmen! (Bravo!)

Abg. v. Bismark-Schönhausen: Wir Alle sind einig, daß der hier versammelte Landtag wirklich die Körperschaft ist, welche Anleihen zu bewilligen oder abzulehnen hat; ein Theil von uns will aber von diesem Rechte auch für nützliche Zwecke nicht eher Gebrauch machen, als bis die Regierung in Beziehung auf andere hiermit nicht zusammenhängende Punkte, namentlich die, worüber in der vorigen Woche die Kurie der drei Stände verhandelt hat, gewisse Konzessionen ertheilt haben würde; er will gleichsam ein Retentionsrecht an dem Rechte der Anleihe-Bewilligung ausüben, bis die Regierung jene Konzessionen ertheilt hat; durch diese Konzessionen soll sich die Regierung gewissermaßen die Bewilligung der Anleihe erkaufen. Ich frage, welchen Sturm würde es erregen, wenn das Gouvernement seinerseits sagen wollte, daß es gewisse administrative Wohlthaten, die es einer Provinz zuwenden oder entziehen kann, davon abhängig mache, wie die Vertreter dieser Provinz bei politischen Fragen votiren würden. (Aufregung.)

Marschall: Der Redner darf nicht unterbrochen werden.

Abg. v. Bismark-Schönhausen: Es scheint mir dies vollkommen analog zu sein, und die Mißbilligung, die von jener Seite sich kund giebt, beweist mir, daß ich die Wahrheit gesagt habe... (O! Bravo!) wenn ich behaupte, daß von einer Partei eine analoge Taktik geübt wird, die man der Regierung gewiß nicht verzeihen und nicht anstehen würde, es mit dem Namen der Erpressung zu brandmarken, wenn sie sich dieselbe gestattete.

Abg. Sperling: Ich bin namentlich davon durchdrungen, daß Preußen erst durch dieselbe der wohlthätigen Folgen des Zollvereins theilhaftig werden wird, deren die anderen Provinzen sich bereits erfreuen. Und eben so wie im Interesse der Provinz Preußen dürfte die ganze Bahn und die Beschleunigung ihres Baues gewiß auch im Interesse des ganzen Staates liegen, denn durch sie wird er konsolidirt und gekräftigt. So hochwichtig das Unternehmen auch ist, knüpft sich doch bei mir ein Bedenken daran. Nach einem dreißigjährigen Friedenszustande, nachdem die Einnahmen des Staates sich um 10 Millionen jährlich vermehrt haben, nachdem die im Jahre 1820 consolidirte Staatsschuld und die damit verbundene Ausgabe um beinahe die Hälfte reduzirt ist, da die Nation hierauf schon die Hoffnung gegründet hat, eine Erleichterung in ihren Steuern und Abgaben zu erfahren, soll eine nicht unerhebliche neue Staatsschuld aufgenommen werden, durch welche die Aussicht des Volks auf eine Erleichterung in den Steuern hinausgeschoben, ja sogar dem Gedanken an die Möglichkeit einer Erhöhung seiner Steuern Raum gegeben wird. Wir aus der Provinz Preußen befinden uns dabei in der allerübelsten Lage. Ich bekenne namentlich für mich, daß die Rücksicht auf das Interesse der Provinz in Konflikt geräth mit meinem Gewissen. Jedoch! ich stehe hier nicht als Vertreter provinzieller Interessen, sondern im Namen des Vaterlandes. Dies erleichtert mir die Entscheidung. Ich folge meinem Gewissen und antworte auf die Frage, ob zur Beschleunigung des Baues der Eisenbahn nach Königsberg ein Staatsdarlehn aufzunehmen sei, mit Nein, weil ich gewissenhaft nicht anders kann. (Bravoruf.)

Abg. Graf Frankenberg: Ich halte die Sache für nicht genug vorbereitet, um eine Entscheidung und ein Urtheil darüber zu fällen, und ich muß für meine Person gegen die Sache stimmen.

Abg. v. Helldorff: Die Ansichten über Eisenbahnen haben sich seit dieser Zeit allgemein geändert, ein höherer Standpunkt ist gewonnen worden bei der Betrachtung ihrer Wirkungen und Einflüsse, und ich gestehe offen, daß sich zu ihren Gunsten auch meine Ansicht berichtigt hat; die Eisenbahnen sind jetzt ein unabweisbares Bedürfniß geworden. Mögen wir also, da die Wichtigkeit der östlichen Eisenbahn anerkannt, deren Angriff daher beschlossen worden, unsererseits die Mittel für raschere Bau-Ausführung, in der nächsten Zeit wenigstens, nicht vorenthalten.

Abg. Gier: Ich halte die große Preußische Ost-Eisenbahn für hochwichtig, und ich wünsche deren Bewerkstelligung zum Besten des Gesammt-Vaterlandes, insonderheit unserer Brüder der edlen Provinz Preußen, in der die Industrie noththut, zu welcher namentlich auch die Eisenbahnen ein hauptsächliches Förderungsmittel sind. Ich wünsche auch, daß der Bau beschleunigt werde. Ich halte den Landtag für kompetent, eine Staats-Anleihe zu bewilligen, ich selber stimme für die Staatsanleihe innerhalb des für die Eisenbahnbauten bestimmten Fonds, der zur Verzinsung und Tilgung der Schuld dient, weil ich mich nach dem Patent vom 3. Februar d. J. für befugt erachte, und will der hohen Versammlung einen Vorschlag machen, glaubend, dadurch viele Bedenken zu beseitigen: daß wir nämlich in Betreff dieser Staatsanleihe uns dieselbe Kontrolle, dieselbe Rechnungs-Ablegung vorbehalten, wie sie im §. 8 des Patents vom 3. Februar wegen der Staatsschulden dem Allg. Landtage zugesichert ist. Also stimme ich für den Staatsbau der Preußischen Ostbahn und jene Staatsanleihe lediglich aus dem wahren Interesse für mein Vaterland.

Abg. v. Saurma: In dem vorliegenden Referate sind drei Arten der Ausführung der in Rede stehenden Bahn hervorgehoben und die eine davon über $26\frac{1}{2}$ Millionen, die zweite über $32\frac{1}{2}$ Millionen und die dritte gegen 34 Millionen Thaler berechnet, ob zu hoch oder zu niedrig, kann ich nicht beurtheilen, es liegen auch keine Anschläge vor. Die seitherige Erfahrung hat aber gelehrt, daß in der Regel größere Summen, als veranschlagt sind, auf dergleichen Bauten bis zu ihrer Vollendung und Ausrüstung verwendet werden. Die Bahn wird, wie ich vermuthe, nur mit einem Geleise veranschlagt sein. Die Erfahrung hat ebenfalls gelehrt, daß Bahnen, welche weit kürzer als die vorliegende sind, zwei Geleise erhalten müssen. Sollte dies bei dieser wenigstens theilweise der Fall sein, und sollte sie vielleicht gar bis an die russische Landesgrenze fortgesetzt werden, einem Reiche, welches mit uns wenig Handel und noch weniger Wandel treibt. (Gelächter.) Hochgeehrte Herren! Ich fürchte, die Bahn würde eine Summe Geldes erfordern, vor deren Zahlung in der jetzigen geldarmen Zeit selbst der preußische Staat erzittern würde. Sollte jedoch mein Antrag keinen Anklang finden, den Bau der Bahn vor der Hand auszusetzen, so richte ich folgende dringende Bitte an Sie, meine Herren: Suchen Sie dahin zu wirken, daß er ohne Luxus und so billig als möglich ausgeführt werde. Bitten wir unsere Brüder in Preußen, daß sie uns das Land für dieselbe umsonst geben, bauen wir die Brücken wenigstens vorläufig von Holz. Die Brücke bei Wien auf der Kaiser Ferdinands-Nordbahn ist auch von diesem Material gebaut und noch kein Unglück daselbst geschehen.

Abg. Frhr. v. Lilien-Echthausen: Nach meiner Ansicht wird es im Lande keinen guten Eindruck machen, wenn wir lediglich des Prinzipienkampfes wegen einen Vorschlag der Staats-Regierung nicht annehmen, der nur die Beförderung der Wohlfahrt der wahren, der materiellen Interessen des Vaterlandes bezweckt. (Mehrfache Zustimmung.)

Abg. Diergardt: Wir hören so oft: Eintracht giebt Macht, so oft das Wort: Vorwärts! Lassen Sie uns, meine Herren, dieses heute festhalten, und alle provinziellen Rücksichten schwinden, und nur das Eine ins Auge fassen: das Wohl des ganzen Vaterlandes zu fördern. Ich stimme daher aus dem Grund meiner Seele für die schleunigste Ausführung der Ostbahn, um so mehr, da ich wünsche, daß die beiden entgegengesetzten Provinzen recht bald in nahe Verbindung gebracht werden möchten.

Abg. v. Brünneck: Ich würde meinen, daß bis dahin, daß die jetzige Geld-Kalamität vorüber ist, oder bis zum nächsten Landtage diese Frage zu vertagen sein würde, ohne Nachtheil für die Sache, da der Brückenbau jedenfalls fortschreiten könnte und sodann bei um so kräftigerem Angriff des Eisenbahnbaues dieser doch noch gleichzeitig mit dem Brückenbau zu vollenden sein würde.

Landtags-Kommissar: Von der Preußischen Bahn ist hier die Besorgniß geäußert, daß sie gar nichts rentiren werde; ich theile diese Ansicht keinesweges, ich habe Hoffnung, daß sie sich mindestens in einzelnen Strecken gut rentiren werde, wobei freilich vorausgesetzt wird, daß ein einspuriger Weg für längere Zeit ausreichen würde. Demnach ist die Furcht, es werde etwas übernommen, was doch über kurz oder lang die Steuerpflichtigen drücken könne, in keiner Weise begründet. Was die Kosten der Bahn betrifft, so liegen allerdings noch keine vollständige spezielle Anschläge vor. Es erfordert deren Aufstellung einen bedeutenden Aufwand von Geld und Zeit. Es sind aber vollständige Ueberschläge vorhanden, und darf angenommen werden, daß die berechnete Summe nicht wird überschritten werden. Der Bau der Strecke von Driesen nach Königsberg ist gleichsam eine Nothwendigkeit, weil dadurch die Verbindung mit den östlichen Provinzen hergestellt wird. Die Bahn von Berlin nach Driesen ist nützlich. Da Beides nicht gleichzeitig zu erreichen war, so hat die Regierung geglaubt, das Nothwendige voranstellen zu müssen, ohne das Nützliche später vernachlässigen zu wollen.

Abg. Röseler: Hohe Stände-Versammlung! Hier auf der Redner-Tribüne werde ich unbefangen, wie allenthalben, nach meiner Ueberzeugung sprechen, wie folgt: Als ein Abg. für den Stand der Landgemeinden muß ich eine Anleihe für die preußische Osteisenbahn ablehnen und kann dafür nicht stimmen, um so weniger dafür stimmen, da wir noch schwere Kriegsschulden zahlen müssen. Ich muß diese Erklärung um so mehr abgeben, da die Bewohner des Nieder-Oderbruches fast alljährlich durch die fürchterlichen Ueberschwemmungen der Oder heimgesucht werden und trotz der dringenden Bitten die Abhülfe ihrer großen Noth bis jetzt vergeblich erwarteten. Die ergiebigsten Fluren versumpfen durch diese Ueberschwemmungen zum Theil und werden immer mehr und mehr unbrauchbar. Ich spreche nicht von der Nützlichkeit der preußischen Osteisenbahn, halte mich aber verpflichtet, auszusprechen, daß wir nach obigen Gründen keine Geldsummen würden aufbringen können, zu dieser Bahn, welches in Folge einer Anleihe wohl erforderlich werden könnte.

Finanz-Minister v. Düesberg: Um den Gesichtspunkt richtig aufzufassen, bemerke ich, daß es sich hier nicht um eine Anleihe handelt, wodurch neue Lasten auf das Land gelegt werden sollen, sondern es ist ein bedeutender etatsmäßiger Fonds jetzt schon vorhanden, welcher allen Berechnungen nach, wenn nicht große Kalamitäten eintreten, die Summe von 2 Millionen Thalern binnen einer gewissen Anzahl von Jahren sicher erreichen wird. Es handelt sich also blos darum, ob der Fonds, der theils schon da ist, theils mit Sicherheit zu erwarten steht, in ein Kapital umgesetzt werden soll, um auf diese Weise die Mittel zu einer schleunigen Herstellung der Eisenbahn zu finden. Das ist der Standpunkt, von dem man ausgegangen ist; und daß dieser Fonds für den beabsichtigten Zweck ausreichen werde, ist nach den sorgfältigsten Erörterungen im Finanz-Ministerium als feststehend anzunehmen.

Abg. Mohr: Ich erlaube mir, ohne Präjudiz für mein Votum, die ergebene Anfrage an des Herrn Finanz-Ministers Excellenz, ob denn wirklich das ganze Eisenbahnnetz nur aus den Eisenbahnen, die hier angegeben sind und wovon die Ostbahn den Beschluß machen soll, bestehen wird?

Finanz-Minister v. Düesberg: In Ansehung des Eisenbahnnetzes, für welches die unmittelbare Unterstützung von Seiten des Staates in Aussicht genommen wurde, ist der Plan den Vereinigten Ausschüssen im Jahre 1842 vorgelegt worden. Diese Bahnen sind auch sämmtlich entweder bereits vollendet oder der Vollendung nahe, mit Ausnahme der Preußischen Ostbahn und der Verbindungsbahn von Posen nach Schlesien. Dadurch, daß hauptsächlich diese Bahnen in Aussicht genommen worden sind, um mit Staatsbeihülfe zur Ausführung zu gelangen, ist nicht ausgeschlossen, daß nicht, wenn die Mittel vorhanden sind, auch anderen wichtigen Bahnen die Beihülfe des Staats zu Theil werde. Was namentlich den Regierungsbezirk Trier angeht, so ist ebenfalls eine Bahn von der Französischen Grenze über Saarbrücken nach Rheinbaiern im Werke, und es handelt sich noch, worüber die erforderliche Unterlage noch nicht vollständig vorhanden ist, um die Eisenbahn, die Trier mit der vorerwähnten Bahn verbinden soll.

Abg. Mohr: Durch diese Erklärung des Herrn Finanz-Ministers bin ich zufriedengestellt. (Gelächter. — Der Redner, zur Seite gekehrt, woher dasselbe kam.) Ich muß mir eine Erklärung über dieses Lachen ausbitten, warum Sie, wenn ich im Interesse der Gegend, die ich zu vertreten habe, meine Pflicht erfülle, finden, daß ich etwas thue, was lächerlich ist. (Wach-

fendes Lachen.) Ich glaube ein so ernster Mann zu sein, wie irgend einer in der Versammlung, und glaube meine Pflicht zu erfüllen, wie jeder Andere. (Ja! Ja!) Wenn ich das nicht mehr kann, so darf ich auch nicht mehr auf diesem Platze stehen, und ich bitte Sie, mich künftig nicht mehr an der freien Ausübung meiner Pflicht zu hindern. (Viele Stimmen: Bravo!) (Der Redner verläßt die Tribüne)

Abg. Offermann: So lange nicht die aus den früheren Gesetzen sich herschreibenden Rechte und wir als eine Reichs-Versammlung von dem Staats-Oberhaupte anerkannt worden sind, werde ich mich gegen jede Art von Garantie und Anleihe erklären, ich erkläre mich also auch gegen diese.

Abg. Fürst Reuß: Meine Herren! Mich gänzlich auf dem Gebiete der Nützlichkeit bewegend, wünsche ich nur auf zwei Momente aufmerksam zu machen. Erstens finde ich in dieser Anschlagssumme 3 Millionen, die nicht auf die Eisenbahnen für sich verwendet werden sollen, sondern auf Ufer- und Deichbauten. Wenn diese 3 Millionen Rthlr. sich auch nicht gerade durch den Betrieb der Eisenbahnen verzinsen sollten, so werden sie sich auf andere Weise verzinsen durch den Nutzen, den sie dem Lande selbst bringen. Denn, wenn ich recht verstehe, so werden sie das Land vor Ueberschwemmung schüzzen und dadurch demselben droßen Nutzen bringen. Wenn wir von der Verzinsung des Kapitals sprechen und blos von der Einnahme, welche die Eisenbahnkasse haben wird, so ist jener Nutzen nicht gerechnet, den wir nichtsdestoweniger doch auch anschlagen müssen. Ich finde aber außerdem noch 5 Millionen, ja beinahe 6 Millionen Rthlr., die für Brückenbauten zu verwenden sind. Auch diese werden dem Lande von unbeschreiblichem Nutzen sein, abgesehen von dem Nutzen der Eisenbahn selbst. Aus diesem Grunde, und namentlich im Interesse so vieler nach Arbeit und Verdienst verlangenden Leute, stimme ich für die in der Königl. Proposition in Vorschlag gebrachte Anleihe.

Abg. v. Auerswald: Ich bin weit entfernt davon, zu wiederholen, was über diesen Gegenstand bereits genügend gesagt ist; ich kann mich einfach darauf beschränken, daß, so lange dem Landtage die regelmäßige Wiederkehr nicht zugesichert ist, so lange ihm nicht bei jeder Wiederkehr die Kenntniß und zwar die genaue Kenntniß des Staatshaushalts zugesichert ist, ich mich nicht fähig fühle, im Namen Anderer, im Namen des Landes die Befugniß Anleihen zu bewilligen, auszuüben. Ich will gewiß Niemanden zu nahe treten, der eine andere Gesinnung hat; wenn ich aber bei meiner Ueberzeugung, von meinem Standpunkte aus in die Anleihe willigen sollte, würde ich nichts mehr und nichts minder thun als ein nicht gerechtfertigtes Mittel zu einem guten Zweck gebrauchen. Das ist ein Grundsatz, zu dem ich mich nicht bekennen kann, unverändert getreu einem der schönen Wahlsprüche unseres Königshauses: sincere et constanter. (Stürmisches Bravo.)

Marschall: Es ist nothwendig, die weitere Berathung und Abstimmung über diesen Gegenstand bis zur nächsten Sitzung zu verschieben. Die nächste Sitzung wird morgen um 10 Uhr stattfinden, und die jetzige ist geschlossen. (Schluß der Sitzung 4 Uhr.)

Sitzung der Vereinigten Kurien am 8. Juni.

Die Sitzung beginnt nach $10\frac{1}{2}$ Uhr unter Vorsitz des Fürsten v. Solms-Lich mit Vorlesung des über die gestrige Sitzung geführten Protokolls durch den Secretair Patow. Secretaire die Abg. Frhr. v. Waldbott und Siegfried.

Marschall: Wenn keine Bemerkung erfolgt, so erkläre ich das Protokoll für genehmigt. Ich bitte den Abgeordneten von Manteuffel, den Bericht weiter zu erstatten.

Referent v. Manteuffel II.: Ich glaube durch einige Worte wiederholen zu dürfen, welchen Gang die gestrige Debatte genommen hat. Wenn ich derselben richtig gefolgt bin, so haben sich folgende Ansichten herausgestellt, zunächst eine Ansicht, welche die Zustimmung ertheilt, die in der Allerhöchsten Proposition nachgesucht worden ist, alsdann eine zweite Ansicht, welche diese Zustimmung zu ertheilen nicht gewilligt ist, und diese Ansicht spaltet sich wiederum ihren Motiven nach in zwei Richtungen. Die eine Richtung erklärt, daß sie diese Zustimmung nicht ertheilen könne, weil sie sich nicht in der Lage befinde, eine Zustimmung zu der Anleihe jetzt zu ertheilen; die zweite Richtung erklärt dagegen, daß sie von der Nützlichkeit dessen, was durch diese Anleihe erreicht werden soll, nicht überzeugt sei, sich aber vollkomme in der Lage zu befinden glaube, um diese Zustimmung zu ertheilen. Ich glaube, daß an diese Punkte die bevorstehende Debatte sich anzuknüpfen haben dürfte; ich bemerke aber zugleich, daß noch einige Petitionen zur Debatte stehen. Der eine Theil dieser Petionen beantragt besondere Ausführungsarten, und diese Petitionen werden erst dann näher erörtert werden können, wenn überhaupt ein Votum in der Hauptsache abgegeben ist. Dagegen liegt noch eine Petition des Abgeordneten Hansemann vor, welcher in derselben zwar für den Bau der Eisenbahn sich ausgesprochen hat, aber die Mittel dazu nicht durch eine Anleihe beschafft, sondern aus dem Staatsschatze entnommen wissen will. Das Gutachten der Abtheilung befindet sich bereits in Ihren Händen, es ist indessen noch nicht vorgetragen worden. Der Antragsteller wird im Laufe der heutigen Verhandlung das Wort bekommen, und ich glaube, daß es am zweckmäßigsten sein würde, wenn, bevor der Antragsteller das Wort erhält und alsdann jedenfalls seine Petition näher motivirt, mir als Referenten gestattet wird, vorher das Gutachten der Abtheilung vorzutragen. Ich habe übrigens vor der Sitzung mit dem Antragsteller mündlich Rücksprache genommen, und dieser ist mit meinem Vorschlage einverstanden.

Abg. Wächter: Ich muß, so schmerzlich es mir ist, doch gegen den Bau der Eisenbahn auf den Grund einer Staats-Anleihe mich verwahren. Es ist nicht die Inkompetenz, die mich dazu führt, es ist die freie Prüfung meines Innern, meines Gewissens. Ich erkläre mich nicht für inkompetent, aber für unbefähigt, meine Stimme dazu zu geben. So schmerzlich es mir ist, diese Erklärung abzugeben, so fühle mich doch gedrungen, sie abzugeben. Kann der Bau ohne diese Anleihe nicht ausgeführt werden, so glaube ich, daß es im Allgemeinen Interesse liege, wenn er noch einige Zeit aufgeschoben wird. Der Geldmarkt ist schlecht, so daß dringend zu wünschen ist, daß dieses Negozium noch auf einige Zeit weiter hinausgeschoben wird.

Abg. v. Byla: Ich kann mich nur für möglichste Beschleunigung des Baues der Eisenbahn von Berlin nach Königsberg erklären, und namentlich für den ganzen Bau von Berlin nach Königsberg auf direktestem Wege Ich halte auch kein Opfer für zu groß, um diesen hochwichtigen Zweck baldigst zu erreichen. Wenn ich demnach den aufrichtigsten Wunsch hier ausgesprochen habe, die Beschleunigung des Baues dieser Eisenbahn so viel als möglich zu befördern, so thut es mir leid, wenn ich auf den Vorschlag des Gouvernements, wie er in der Denkschrift gegeben ist, nicht eingehen kann, und zwar aus einem doppelten Grunde. Einmal ist das Anleihe-Kapital keinesweges bestimmt genug ausgesprochen, und zweitens ist eben so wenig genau angegeben, wie und mit welcher Sicherheit diese Schuld getilgt werden soll, namentlich nicht binnen welcher Frist. Unter diesen Umständen muß ich mich gegen den Antrag der Abtheilung hiermit erklären.

Abg. Mehls: Meine Herren! Ich kann mich nur dahin erklären: „Keine Anleihe, sondern successiver Bau der großen Ost-Eisenbahn aus den Ersparnissen des Staatshaushaltes. — Durch eine vollständige Durchführung der so wesentlich nützlichen und nothwendigen Ostbahn von Berlin bis Königsberg i. Pr. in direkter Richtung, die mächtig in alle Verhältnisse des Staates eingreift, und zwar aus Ersparnissen des Staatshaushaltes, wird Se. Majestät der König Sich ein Denkmal im Herzen seines treuen Volkes gründen, welches dauernder ist, als ein Denkmal von Erz und Stein.

Abg. Siebig: Sie können, meine Herren, den Kampf ermessen, den es kostet, um zu der vorliegenden Frage Nein zu sagen; aber die Art und Weise, wie die Ausführung hier ins Leben gerufen werden soll, kann nicht gebilligt werden. Dadurch würde nur der Druck der Nation erhöht, und schon deshalb werde ich nicht meine Zustimmung zu geben vermögen; aber auch wegen derjenigen Bedenken, die noch nicht gehoben sind, vermöchte ich meine Zustimmung zu der vorliegenden Ausführung nicht zu geben, und stimme daher gegen den Vorschlag der Abtheilung.

Abg. Lucanus: Wenn das Militair vermindert und die Landwehr vermehrt würde, könnten die Mittel für das Unternehmen leicht aufgebracht den. Ich stimme auf diese Weise unbedenklich dafür. Die Nothwendigkeit bedarf keiner weiteren Unterstützung.

Abg v. d. Heydt: Ich halte nicht für angemessen, den Gegenstand, der hier zuletzt berührt ist, nämlich die Verminderung des Militair-Etats, jetzt weiter zu besprechen. Dieser Gegenstand ist von solcher Wichtigkeit, daß, wenn die hohe Versammlung eine Meinung darüber abgeben wollte, nothwendig eine gründliche und reife Vorberathung vorausgehen müßte. Wenn ich aber wünsche, über die wichtige Angelegenheit, die uns zur Berathung vorliegt, meine Meinung auszusprechen, so thue ich es deshalb, weil es mir angemessen scheint, daß man sich, ehe zur Abstimmung geschritten wird, offen und klar über die Motive ausspreche. Ich halte es für sehr wünschenswerth, daß das Eisenbahnnetz in unserem Staate nicht nur in seinen Hauptrichtungen, sondern auch in Beziehung auf die nothwendigen Verbindungs- und Anschlußbahnen der Vollendung möglichst entgegengeführt werde. Ich halte es insbesondere für wünschenswerth, daß die Ostbahn, so bald als irgend thunlich, in Angriff genommen werde. Ich theile nicht die Ansicht eines geehrten Mitgliedes der Sächsischen Ritterschaft, welches in der gestrigen Sitzung, abschweifend von dem Gegenstande, sich über die der Provinz Preußen gewährten Unterstützungen mißbilligend ausgesprochen hat, und bei dieser Gelegenheit Grundsätze entwickelte, die, meines Erachtes, in einer reichsstädischen Versammlung keine Geltung finden können, und wie ich zu meiner Freude bemerkt habe, nicht die mindeste Zustimmung gefunden haben. Bedarf irgend eine Provinz einer größeren Unterstützung als andere Provinzen, so werde sie ihr mit theilnehmender Bereitwilligkeit gewährt. Aber abgesehen davon, hindert uns eine ernste Pflicht, die wir dem Lande gegenüber zu erfüllen haben, heute eine zustimmende Erklärung zu ertheilen. So lange wir uns nicht in der Lage befinden, die Verwendung in regelmäßig wiederkehrenden Perioden kontrolliren zu können, so lange werden wir, konsequent mit dem Votum in Betreff der Landrenten-Banken, uns in der unangenehmen, ja höchst peinlichen Nothwendigkeit befinden, unsere Zustimmung zu allen Anleihen versagen zu müssen, und zwar nicht aus Parteizwecken oder aus solchen Rücksichten, wie sie von einem andern Mitgliede der Sächsischen Ritterschaft gestern angedeutet zu sein schienen mittelst Aeußerungen, die schon von einem hochgeachteten Mitgliede der Preußischen Ritterschaft verdientermaßen zurückgewiesen worden sind, sondern weil es eine ernste Gewissenspflicht erscheint, eine Gewissenspflicht die höher steht, als alle andere Pflichten, und die deshalb auf Anerkennung Anspruch hat. Ich hoffe und wünsche, daß die Zeit nahe sei, in welcher wir der Staats-Regierung zu allen großen Zwecken unsere Unterstützung werden angedeihen lassen können. Unter den gegenwärtigen Umständen halte ich mich verpflichtet, gegen die Anleihe zu votiren.

Fürst Radziwill: Man scheint die Meinung zu haben, daß die Verweigerung der Anleihe wirksam dazu beitragen werde, die Bedenken zu heben, die ihrer Bewilligung entgegenstehen. Ich kann diese Meinung ebenfalls nicht theilen. Es würde dann der nächsten ständischen Versammlung, sagt man, vorbehalten bleiben, die Ostbahn begründen zu helfen. Ich frage Sie, meine Herren, würden Sie auf das Jahr 1866 hinaus die Verantwortlichkeit für den Zeitverlust auf sich nehmen können, der möglicher Weise eintreten könnte? Ich würde diese Verantwortlichkeit der Geschichte gegenüber nicht übernehmen, ich würde mir nicht sagen können: Durch mein heutiges Votum habe ich dies große Werk um drei bis vier Jahre verschoben; was in diesen Jahren geschehen kann, kann Niemand voraussehen. Diese Verantwortlichkeit, meine Herren, bestimmt mich, für die Anleihe zu stimmen, sie würde mich bestimmen, noch weit über das hinauszugehen, was die Regierung in diesem Falle von uns fordert. Auf mich wirkt hierbei der Rückblick auf die parlamentarischen Versammlungen anderer Länder; wir haben bei National-Unternehmungen in England alle Parteien immer einig gefunden; die Befestigung von Paris hat alle Meinungen Frankreichs vereinigt; aus diesen Gründen, wiederhole ich, votire ich für die Anleihe. Ich will noch ein lateinisches Sprüchwort anführen: „Si vis pacem, para bellum“. Damit schließe ich, meine Herren.

Abg. Graf zu Eulenburg: Es haben sich bisher aus der Mitte der Abgeordneten der Provinz Preußen nur Stimmen vernehmen lassen, welche ihr dissentirendes Votum mit großer Offenheit hier detaillirt haben. Damit aber auch diejenigen, welche zu Hause in unserer Provinz mit der größesten, gespanntesten Aufmerksamkeit diesen Verhandlungen folgen und über unsere Handlungen zu Gericht sitzen, genau davon unterrichtet werden, wie wir Preußischen Deputirten Mann für Mann unsere Pflichten auffassen, so behalte ich mir vor, zu geeigneter Zeit, wenn die Frage gestellt sein wird, auf namentliche Abstimmung anzutragen.

Eine Stimme sprach vom Platze aus einige kurze Worte, welche indeß nicht deutlich verstanden werden konnten.

Abg. v. Massow: Ich muß erwähnen, meine Herren, daß es eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern in unserer Versammlung giebt, welche die Zustimmung zu der Königl. Proposition verweigern, weil sie glauben, daß solche einen nachtheiligen Einfluß auf den allgemeinen Geldmarkt üben werde, weil sie meinen, daß die speziellen Interessen der anderen Provinzen nicht gleichmäßig wahrgenommen würden, mit einem Worte, weil sie die Nützlichkeit der Maßregel nicht genügend anerkennen. Diese Alle müssen dringend wünschen, daß ihre Motive Sr. Maj. dem Könige und dem Lande genau bekannt werden, daß man nicht glaube, auch sie befänden sich in jener vorher von mir expreß bezeichneten Lage. Ich erwähne dieses hier im Auftrage mehrerer geehrten Herren und richte zugleich die ergebenste Bitte an den Herrn Marschall, daß derselbe die Güte haben möge, bei der Fragestellung hierauf eine billige Rücksicht zu nehmen.

Abg. v. Metternich: Ich stimme für Annahme der Proposition, und das um so mehr, als die Annahme nach meiner Ueberzeugung das einzige Mittel ist, Sr. Majestät Regierung in den Stand zu setzen, auch zur Unterstützung derjenigen anderweiten Eisenbahnen im Lande zu wirken, die der Unterstützung so dringend bedürfen.

Abg. Prüfer: Es ist bemerkt worden, daß es sich hier nicht eigentlich um die Kompetenz-Frage handle, sondern man halte sich nur nicht gerade befähigt, über diesen Gegenstand seine Meinung auszusprechen. Aber ich meine, Inkompetenz und Nichtbefähigung wäre schier identisch. (Einige Stimmen: Bravo!) Meine Herren! Wenn wir nach einem achtwöchentlichen Zeitraume, in welchem wir uns in diesen Räumlichkeiten bewegen, uns noch sagen wollen, daß wir inkompetent seien, so weiß ich nicht, wie wir dies zu verantworten im Stande sein werden. Die dagewesenen Verhandlungen, insbesondere über die Adreß-Frage, über die Prinzipien-Verhältnisse und die politischen Fragen, die alle in dieses Bereich gehören, haben sie nicht Zeugniß abgelegt, daß die Versammlung sich für vollständig kompetent erklärt hat? (Eine Stimme: Bravo!) Ich muß mich also dergleichen Aeßerungen, und namentlich der, daß die von oben herab gekommene Vorlage als ein ungerechtfertigtes Mittel bezeichnet werde, entschieden widersetzen. (Einzelne Stimmen: Bravo!) Ein anderer Abgeordneter, der geehrte Redner aus der Provinz Preußen, und zwar aus dem Stande der Städte, negirt den Bau dieser Eisenbahn auch, und zwar darum, weil kein Geld vorhanden sei. Er meint, was auch andere geehrte Redner theilweise mitunterstützt haben, es erscheine ihm wunderbar, daß nach einem zweiunddreißigjährigen Frieden nicht mehr Geld in der Staatskasse vorhanden wäre. Nun auf diesen Gegenstand will ich nicht weiter eingehen. (Heiterkeit.) Ich muß gestehen, ich befinde mich nicht auf dem Standpunkte, hierüber zu urtheilen, ob bei der Entwerfung dieses Projektes die Regierung die Regeln eines guten Hausvaters beobachtet hatte oder nicht, weil es mir dazu an den nöthigen Vorlagen fehlt; (Lachen von einigen Seiten.) ich muß aber doch anheimgeben, daß eine unzeitige Sparsamkeit auch in eine Nachlässigkeit übergehen, und daß eine solche Nachlässigkeit oft in den kleinsten Familien Nachtheile herbeiführen kann, die später durch die größten Opfer gar nicht mehr ausgeglichen und ersetzt werden können. Darum meine ich: „Alles zur rechten Zeit und am rechten Orte: Aus diesen Gründen werde ich, für den Bau wie für die Anleihe stimmen und bitte die hohe Versammlung, insoweit es ihr belieben sollte, meinem Beispiele zu folgen.

Abg. v. Meding: Meiner innigsten Ueberzeugung nach, werden die Herren, die ihr zusagendes Votum für die vorliegende Frage verweigern, dadurch der Beförderung und Weiterentwickelung der ständischen Institutionen nicht nützen, sie werden vielmehr besser thun in diesem Interesse, im Interesse der Erfüllung der Bitten, die sie Sr. Majestät vorgetragen haben, wenn sie gegenwärtig innerhalb des Kreises, der ihnen durch die jetzige Gesetzgebung vorgezeichnet ist, sich frei bewegten und dem Gouvernement die Unterstützung angedeihen ließen, die durch die gegenwärtige Vorlage von ihnen gefordert wird.

Abg. Naumann: Für den Fall, daß die hohe Versammlung beschließen sollte, die Anleihe zu genehmigen, habe ich mir erlaubt, bei dem durchlauchtigen Marschall ein Amendement einzugeben, welches die Richtung dieser Bahn betrifft. Ich würde nämlich für diesen Fall der Versammlung vorschlagen, die Anleihe nur unter der Maßgabe zu bewilligen, daß die Bahn die Richtung erhalte von Frankfurt a. d. O. durch Posen nach Bromberg und dann weiter bis zum Uebergange nach Dirschau. Ich finde mich bewogen, die Gründe schon jetzt aus einander zu setzen, welche dafür sprechen, der Bahn diese Richtung zu geben, weil ich nicht weiß, in welcher Weise die erste Abstimmung erfolgen wird, und ob nicht durch dieselbe mir später der Weg abgeschnitten sein würde, auf diese Gründe noch einmal zurückzukommen. Ich stütze das Amendement lediglich auf das Gesetz, und zwar auf die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom Jahre 1842. Diese Allerhöchste Kabinets-Ordre enthält, daß nach Anhörung der damals vereinigt gewesenen Ausschüsse Se. Majestät aus den zur Disposition stehenden Staatsmitteln ein Eisenbahnnetz herzustellen bestimmten, welches den Zweck hat, die Provinzen mit der Hauptstadt und die Provinzen unter sich selbst zu verbinden. Der Herr Finanz-Minister meinte gestern, es sei die jetzt projektirte Bahn der Schlußstein zu diesem Projekte, es würde damit das Eisenbahnnetz vollständig hergestellt, und er äußerte dabei, die Allerhöchste Kabinets-Ordre, welche ich angeführt, habe nur die Hauptprovinzen mit einander zu verbinden bestimmt. Ich glaube nicht, daß der Ausdruck „Haupt-Provinzen" so gemeint sei, daß einzelne Provinzen vor anderen den Vorzug haben sollten; wäre dies der Fall, so möchte ich mich dagegen verwahren, daß die Provinz, aus der ich zu erscheinen die Ehre habe, in die zweite Kategorie gesetzt werde, denn Posen steht in gleichem Rechte mit allen übrigen Provinzen. Ich kann nicht die Ansicht theilen, daß durch die proponirte Bahn die Allerhöchste Intention in dem Ausspruche der von mir erwähnten Kabinets-Ordre vollständig erreicht werde. Wenn die Bahn, wie sie projektirt ist, nur geführt wird von Dirschau am rechten Ufer der Weichsel bis nach Bromberg und dann weiter bis nach Driesen, so wird Posen erstens nicht angeschlossen, wie es die Kabinets-Ordre ausspricht, mit der Hauptstadt des Staates, mit Berlin, vielmehr würde die Provinz Posen nur mit Berlin in Verbindung kommen von Posen über Stargard und Stettin. Das wäre ungefähr eine Entfernung von 44 bis 45 Meilen, während die Entfernung in gerader Richtung 34 beträgt, und es würde also jene Entfernung nur ein Drittel länger sein. Ich glaube nicht, daß man mir zu erwiedern gemeint ist, die Bahn würde von dem Kreuzpunkte bei Driesen weiter geführt werden bis Berlin; die Aeußerung des Herrn Finanz-Ministers war gestern ganz ausdrücklich die, daß beabsichtigt werde, die Bahn nur bis Driesen zu führen und insofern die Versammlung gemeint sein sollte, eine höhere Anleihe zur Weiterführung zu bewilligen, die Staats-Regierung nicht darauf eingehen könnte. So habe ich es verstanden, und ich glaube recht verstanden zu haben. Es wird also erstens nicht der Zweck erreicht, die Provinz Posen und ihren Mittelpunkt (und darauf kommt es doch an), mit der Hauptstadt Berlin zu verbinden, eben so wenig aber kann ich zugeben, daß die Provinzen Preußen und Posen durch die projektirte Bahn verbunden werden. Es ist gesagt worden, die Bahn würde geführt werden von Bromberg nach Driesen, und so wird die Verbindung zwischen Posen und Bromberg hergestellt werden über Driesen und die Entfernung 31 Meilen betragen. Die jetzige Entfernung beträgt circa 15—16 Meilen; jene Entfernung würde also noch einmal so viel betragen, als die jetzige direkte Verbindung, wenn die Bahn die in meinem Amendement bezeichnete Richtung erhält, so käme hinzu, daß auch dafür gesorgt wird, daß die Provinz Preußen auch auf den geradesten Linien verbunden wird mit Schlesien und mit den weiter südlich gelegenen deutschen Ländern. Ich halte dafür, daß das Gesetz namentlich für die Provinz Posen zur Ausführung gebracht werden muß, und ich glaube, daß die Provinz Posen Ansprüche darauf hat, nicht zurückgesetzt zu werden gegen andere Provinzen. Diese Provinz hat bekanntlich durch eine Geschichte — unglücklich fast ohne Gleichen (und ich glaube, daß kein Land eine unglücklichere gehabt hat), es nicht vermocht, in ihrem Kultur-Zustande gleichen Schritt zu halten mit den übrigen westlichen europäischen Staaten. Seitdem die Provinz mit dem preußischen Staate verbunden ist, ist es nicht gelungen, sie in ihrem Kultur-Zustande mit den benachbarten Provinzen gleichzustellen. Ich glaube aber, daß es die Aufgabe des Gouvernements ist, in dieser Provinz durch alle möglichen Maßregeln die Wohlfahrt zu befördern, um das Schmerzliche der Erinnerungen, welche in dem bei weitem größten Theile der Bewohner dieses Landes nicht verwischt werden können, wenigstens zu mildern, und darum bitte ich die Versammlung, meinem Amendement, wenn es überhaupt noch zur Sprache gebracht werden kann, insofern die Präjudizial-Frage nicht verneint wird, beizutreten. Was die Sache endlich selbst betrifft, so erlaube ich mir noch mit wenigen Worten darauf zurückzukommen, ob es überhaupt angemessen erscheinen kann, die Anleihe zu bewilligen, welche nach der Königl. Proposition von uns verlangt wird. Der erste Einwand, der erhoben worden ist, ist nicht der der Inkompetenz, und er ist hier auch nirgends geltend gemacht worden, sondern es ist derjenige, der daraus hergenommen wird, daß wir uns nicht in der Lage befinden, eine Anleihe zu bewilligen. Dieser Grund liegt darin (ich sage: es ist ein Grund und nicht der Zweck) daß wir uns sagen müssen: wir befinden uns nicht in der Lage, beurtheilen zu können, ob nicht andere Staats-Mittel vorhanden sind, um die Anleihe beseitigen zu können. Der fernere Grund liegt darin, daß wir uns nicht in der Lage befinden, die volle Sicherheit zu haben, daß die Anleihe, die wir beschließen, dem Zwecke, für den sie aufgenommen wird, entsprechend verwandt werde. Das Vertrauen können wir allerdings dafür haben; die Gewißheit aber, die für denjenigen vorhanden sein muß, der überhaupt eine Handlung beschließt, die Gewißheit fehlt uns. Ich würde es bedauern, daß dieser Grund auch bei dieser Frage der leitende sein könnte, um für eine so wichtige Verbindung nicht im Augenblick wirken zu können; indessen finde ich eine Beruhigung darin, daß, wenn auch selbst dieser Grund nicht obwaltete, ich mich dennoch in diesem Augenblick nicht dafür erklären könnte, die Anleihe zu bewilligen. Der Grund liegt in Folgendem: Es wird uns angemuthet, eine Anleihe zu gewähren. Die erste Frage, die ich thun müßte, wäre die: wie hoch soll die Anleihe sein? Das Gutachten der Abtheil. giebt darüber keine Auskunft; es wird darin nur gesagt, die Anleihe soll in der Höhe kontrahirt werden, wie es möglich sein wird, sie aus dem disponibel bleibenden Theile des Eisenbahn-Titels zu verzinsen. Dann fragt sich: wie viel bleibt disponibel? Auch darüber ist etwas Bestimmtes nicht gesagt. Ich weiß nicht, ob eine Summe übrig bleibt, die kapitalisirt, ausreichen wird, um die Bahn herzustellen. Möglich ist es, daß sie ausreichen wird; aber eine Sicherheit habe ich dafür nicht. Ich weiß ferner nicht, unter welchen Modalitäten das Gouvernement in den Stand kommen wird, die Anleihe zu kontrahiren; ich weiß nicht, zu welchem Zinsfuß und zu welcher Zeit dies erfolgen wird. Sollte das Gouvernement in diesem Augenblick die Anleihe kontrahiren wollen, so würde dieses nicht anders möglich sein, als gegen 4, vielleicht 5 pCt., und wenn es zu 5 pCt. abschließen müßte, so würde das Kapital selbst nicht einmal 22 Millionen erreichen, und es würde also nicht ausreichen, die Strecke der Bahn von Dirschau bis Königsberg resp. Danzig zu bauen. Ich sage also: in diesem Augenblick würde ich mich nicht in der Lage befinden, mich für die Anleihe erklären zu können, weil ich nicht weiß, wann, unter welchen Modalitäten die Anleihe aufgenommen werden soll, denn sollte ich mich dafür erklären, so müßte wenigstens in diesem wesentlichsten Punkte präzisirt sein, wie man die Anleihe zu kontrahiren beabsichtigte.

Landtags-Kommissar: Blos um die Versammlung über den gesetzlichen Standpunkt aufzuklären, der von dem Redner, welcher so eben gesprochen hat, hervorgehoben ist, erlaube ich mir, den betreffenden Passus der Allerhöchsten Ordre vom 22. November 1842 mitzutheilen. Derselbe lautet: „Neben dem vorstehend bewilligten Steuer-Erlasse wünsche Ich dem Lande auch die Vortheile zu verschaffen, die in mehrfacher Hinsicht von einer Verbindung der Hauptstadt mit den Provinzen und der Provinzen unter einander vermittelst umfassender, in den Hauptrichtungen das Ausland berührender Eisenbahn-Anlagen erwartet werden dürfen. Ich bestimme daher, in Uebereinstimmung mit den Gutachten der Vereinigten ständischen Ausschüsse, daß die Ausführung solcher von denselben für ein dringendes Bedürfniß erachteten Eisenbahn-Verbindungen durch die dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und insbesondere auch durch Uebernahme einer Garantie für die Zinsen der Anlage-Kapitalien mit Kraft und Nachdruck befördert werden soll, und will darüber von Ihnen, dem Finanz-Minister, baldmöglichst nähere Anträge erwarten." Ich frage nun, ob aus dieser allgemeinen Bestimmung eine gesetzliche Nothwendigkeit gefolgert werden kann, die Bahn von Berlin über Frankfurt, Posen und Bromberg nach Königsberg zu führen? Wir haben in dieser Bestimmung niemals eine solche Nothwendigkeit erkannt, wohl aber ist die

Frage reiflichst erwogen, ob die von dem Redner beantragte Richtung diejenige sei, welche sich für die östliche Eisenbahn als zweckmäßig herausstellen möchte. Das ist genau untersucht, die Richtung ist mit anderen Linien vollständig verglichen und das Resultat ist gewesen, daß die vielfachen Rücksichten, namentlich die militairischen, diese Linie nicht als die vorzügliche haben erscheinen lassen.

Marschall: Es fragt sich, ob der eben gemachte Vorschlag die gesetzliche Unterstützung findet? Er wird noch einmal verlesen werden.

Secretair v. **Waldbott** (liest vor): „Die hohe Versammlung genehmige die Staats-Anleihe zur Förderung der Herstellung einer Eisenbahn von Berlin nach Königsberg i. P. nur unter der Bedingung, wenn diese Bahn die Richtung von Frankfurt a. d. O. über Posen und Bromberg nach Dirschau erhält."

Marschall: Es fragt sich, ob 24 Mitglieder den Antrag unterstützen? (Dies geschieht.) Derselbe wird event. zur Abstimmung kommen. Unter den gestern angemeldeten Rednern ist der Abg. Hansemann der letzte. Er hat einen besonderen Antrag gestellt, und es wird nöthig sein, daß der Bericht über diesen Antrag verlesen und diskutirt werde, ehe wir zur Haupt-Abstimmung selbst kommen. Das wird noch dadurch unterstützt, daß der Referent erklärt hat, daß der Bericht über den Antrag des Abg. Hansemann in dem Hauptberichte, der uns bisher beschäftigt hat, aufgenommen worden wäre, wenn er damals schon fertig gewesen wäre. Er macht einen integrirenden Theil dieses Berichts aus. Wir kommen also jetzt zu dieser Berichterstattung.

Referent v. **Manteuffel II.**: Ich erlaube mir, die hohe Versammlung darauf hinzuweisen, daß das Gutachten, welches über die Allerhöchste Proposition erstattet ist, damit schließt, daß auf den Antrag Bezug genommen ist, welchen der Abgeordnete Hansemann eingereicht hat, und auf das deshalb erstattete besondere Gutachten. Dieses Gutachten lautet dahin: „Nachdem Se. Majestät der König durch die Bildung des Vereinigten Landtages die durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 vorgesehene, zur Kreirung von Staatsschulden erforderliche allgemeine Ständeversammlung zu schaffen geruht haben, fällt nach den sonst in allen Ländern angenommenen Grundsätzen der Staatswirthschaftslehre jede Veranlassung weg, noch länger sehr beträchtliche Summen in baarem Gelde oder edlen Metallen müßig im Staatsschatze liegen zu lassen und auf diese Weise zum größten Nachtheile der Entwickelung der Staatskräfte (worauf doch die Stärke der Staatsmacht vorzugsweise beruht) dem allgemeinen Verkehr zu entziehen. Deshalb trage ich darauf an: der Vereinigte Landtag möge Seine Majestät den König ehrfurchtsvoll bitten, daß Allerhöchstdieselben zu befehlen geruhen wollen, daß die preußische Ostbahn nicht vermittelst Aufnahme eines Anlehns, sondern durch Verwendung der im Staatsschatze müßig liegenden baaren Gelder und Metalle baldigst hergestellt werde." Der unterzeichneten Abtheilung, welcher die Begutachtung der Allerhöchsten Botschaft, betreffend die Kontrahirung einer Anleihe behufs beschleunigter Herstellung der östlichen Eisenbahn obliegt, ist auch die gedachte Petition zur Vorberathung zugetheilt worden. Ueber die Bestimmung des Staatsschatzes haben des Herrn Schatz-Ministers Excellenz der Abtheilung die Auskunft ertheilt, daß die ausschließliche Bestimmung des Staatsschatzes zu Kriegszwecken in den ausdrücklichen Befehlen des hochseligen Königs Majestät, so wie des jetzt regierenden Königs Majestät, begründet, daß aber die Nothwendigkeit einer solchen Anordnung eben so unzweifelhaft sei, als die Ersprießlichkeit derselben. Die politische Lage Preußens erfordere, daß sich dasselbe zu den Staaten ersten Ranges zähle; die geographische Lage aber, daß diese Stellung durch eine stets schlagfertige Heeresmacht begründet werde; es müsse Preußen bei allen Gelegenheiten der Erste im Felde sein, es müsse bei bedrohlichen Zeitläuften sein Heer nicht erst konzentriren und demnächst entsenden, sondern an den Gränzen des Reiches gerüstet entwickeln und hierdurch, wenn es gelte, nicht allein eine Schutzmauer hinstellen für das Vaterland, sondern auch die Angriffswaffe in der Hand führen gegen jede feindliche Macht. Diese Nothwendigkeit sei auch nicht erst seit der Entwickelung der jetzigen europäischen Staatslage entstanden, sondern sei schon richtig von allen den preußischen Fürsten erkannt worden, die dem Vaterlande diejenige hervorragende Stellung erkämpft hätten, welche es jetzt einnehme; der preußische Staatsschatz sei daher von je besonders gepflegt und als das Mittel betrachtet worden, außerhalb des Reiches die innere Wohlfahrt zu sichern. Wenn nun auch von dem Petenten behauptet worden; daß seit der Gesetzgebung vom 3. Februar 1847 es eines Staatsschatzes nicht mehr bedürfe, da die ständische Zustimmung stets bereit sein werde, die Mittel zu außerordentlichen Ausgaben für die angedeuteten Zwecke zu bewilligen, so stehe diese Bereitwilligkeit zwar über jedem Zweifel, die Negoziirung einer Anleihe werde aber doch immer einen Zeitaufwand bedingen und eine öffentliche Darlegung der gefaßten Beschlüsse involviren, während Fälle eintreten könnten, wo das Schwert eben so schnell als unverhofft zu ziehen sei. Andererseits könne aber auch der Nachtheil, welchen der Antragsteller in der Häufung baarer Gelder im Staatsschatze erblicke, nicht in der aufgestellten Weise zugegeben werden. Es sei hierbei nicht mit in Anschlag gebracht worden, daß die Mittel des Staatsschatzes im entscheidenden Momente geradezu viel bedeutendere Verluste verhüten würden. Bei bedrohlichen Zeitläuften sei die Kontrahirung einer Anleihe stets nur unter ungünstigen Verhältnissen zu bewirken; es würde aber alsdann eine solche nicht auf den ersten und nächsten Bedarf zu beschränken, sondern auf die Summe auszudehnen sein, welche bis zur muthmaßlichen Beendigung der kriegerischen Zustände erfordert werde. Wollte man alsdann nur bei den ersten Rüstungskosten stehen bleiben, so werde eine solche Demonstration hierdurch von selbst jeden Gewichts verlustig gehen; die Nachtheile aber, welche bei Aufnahme einer bedeutenden Anleihe während kriegerischer Zeitverhätnisse den Staat treffen müßten, würden bei weitem diejenigen Bedenken überwiegen, welche gegen die Ansammlung baaren Geldes im Staatsschatze aufgestellt werden könnten. Die Abtheilung trat diesen Ausführungen vollkommen bei, glaubte aber in ihrer Majorität dies mit um so größerem Bewußtsein thun zu können, wenn der Zustand des Staatsschatzes selbst näher bekannt und hierdurch die Möglichkeit gewährt werde, die Vortheile und Nachtheile abwägen zu können, welche in der Ansammlung der baaren Mittel desselben zu suchen seien. Hierüber ist jedoch eine Auskunft nicht ertheilt worden, da durch dieselbe gerade das Gewicht, welches dem Staatsschatze in politischer Bedeutung beigelegt werden müsse, wiederum aufgehoben werde. Die Abtheilung mußte auch diese Bedenken anerkennen, und sie glaubte, daß vielleicht keine dringendere Gelegenheit, als die vorliegende, der hohen Versammlung sich darbieten dürfte, um dem Gouvernement zu zeigen, daß sie ihm volles Vertrauen zu gewähren bereit sei, wenn es sich darum handle, die Bedeutung und den ungeschmälerten Einfluß und Glanz des Vaterlandes zu erhalten und zu sichern. Hiernach ist die Abtheilung einstimmig der Ansicht, daß das Bestehen eines Staatsschatzes zu dem ausschließlichen Zwecke der Kriegsrüstung in dem wahren Wohl des preußischen Staates beruhe, und daß daher auch dem vorliegenden Antrage nicht stattzugeben sei, nach welchem, diesem Grundsatze entgegen, die Mittel zur Erbaung der östlichen Eisenbahn aus dem Staatsschatze entnommen werden sollen. Die Abtheilung schlägt daher vor: die Petition zurückzuweisen.

Marschall: Da die Abtheilung diesen Antrag nicht befürwortet hat, so ist, ehe er zur Berathung kommt, zu ermitteln, ob der Antrag die gesetzliche Unterstützung von 24 Mitgliedern findet. (Wird hinreichend unterstützt.)

Abg. **Hansemann:** Im Allgemeinen ist meine Ansicht gewesen, daß der Bau des Staats für die großen Hauptlinien vorzuziehen gewesen wäre. Dies hat nicht ausgeführt werden können, und es fragt sich nun, ob der Staatsbau von nur Einer Bahn, der von Königsberg nach Berlin, nützlich sei. Ich erkläre mich unbedingt dafür, selbst dann, wenn eine Privat-Gesellschaft vorhanden wäre, die den Bau übernehmen wollte. Ich erkläre mich dafür, weil ich wünsche, daß der Staat diesen wesentlichen Theil der Transportmittel in seine Hände bekomme. Auf diese Weise wird sich am besten heraussten, welcher Unterschied in unserem Vaterlande zwischen den Eisenbahnen besteht, die durch den Staat betrieben werden, und zwischen denen, die von Privat-Gesellschaften betrieben werden. Der Staat wird dann in dem Fall sein, hinsichtlich der Wohlfeilheit des Transports alle Erleichterungen eintreten zu lassen, die nicht nur allezeit für die Landeskultur, sondern bei großer Theurung, wie wir sie erlebt haben, ganz besonders nothwendig sind. Man hat hier behauptet, diese Bahn werde, so zu sagen, gar nichts aufbringen. Ich theile diese Ansicht nicht. Eine Bahn, welche Hauptstädte mit einander verbindet, wie diese, wird Frequenz haben; eine Bahn, die in einem Lande, wo die Schifffahrt während 5 bis 6 Monate gehemmt ist, den Transport der Cerealien und anderer Produkte besorgt, wird gewiß Frequenz haben. Sodann bedenken Sie, meine Herren, wenn von Rentabilität die Rede ist, daß es nicht allein darauf ankommt, wie viel in den ersten Jahren aufkommt, sondern vielmehr darauf, ob sich die Rentabilität später entwickelt. Das wird bei dieser Bahn auch der Fall sein, obschon ich nicht wissen kann, welchen Zinsfuß die Bahn aufbringen wird. Zu den vielerlei Gründen, die bereits für die Nützlichkeit oder Nothwendigkeit der Bahn angeführt worden sind, erlauben Sie mir, noch ein paar hinzuzusetzen. Ich halte diese Bahn für eine Nothwendigkeit, für eine dringende sogar. Die Provinz Preußen ist — ich darf es aussprechen — gewissermaßen das Opfer politischer Constellationen gewesen, die nach meiner Ueberzeugung, wenn nicht ein Europäisches Unglück, doch wenigstens sehr gefahrvoll für unseren Staat sind. Holland hat den Handel für das hinter ihm liegende Land Jahre lang fast ausschließlich sich zu erhalten gewußt und dadurch einen großen Wohlstand erworben; die Provinz Preußen ist unglücklich im Vergleich gegen Holland gewesen. Das hinter ihr liegende Land, auf welches ihre Gewerbe und ihr Handel vorzugsweise angewiesen waren, ist in Folge politischer Ereignisse ihr genommen worden, und so leidet diese Provinz unter den ungünstigen Verhältnissen, welche hieraus entstehen. Aber hierzu gesellt sich noch ein höherer Grund: durch jene politischen Constellationen, welche ich nach meiner Ueberzeugung als ein Unglück bezeichne, ist ein Zwischenreich untergegangen, das eine Stütze der Unabhängigkeit der Völker von Mittel-Europa, und gerade dieser Umstand ist für uns höchst gefährlich. Wohlan, meine Herren, um so mehr sind wir darauf angewiesen, die Kräfte des edlen, tapferen Volksstammes, der die Provinz Preußen bewohnt, zu entwickeln, zu stärken. Auf ihrem Patriotismus, auf ihrer Kraft, auf ihrer Tapferkeit beruht jetzt zum großen Theile die Beruhigung, die wir bei dem dermaligen Verhältnisse suchen müssen. Darum ist es nach meiner Ueberzeugung, ich wiederhole es, dringend nothwendig, daß diese Bahn, welche gerade zu der Entwickelung dieser Provinz wesentlich beitragen wird, bald hergestellt werde. So, meine Herren, kann auch hier nicht von einem provinziellen Interesse dir Rede sein, nein, es ist ein großes nationales, was sich an die Herstellung dieser Verbindung knüpft. Sehen Sie auf die Gesinnung der Bewohner dieser Provinz, eine Gesinnung, welche sich in ihren Vertretern hier bekundet. Giebt es ein erhabeneres Schauspiel, als das, dessen Zeuge wir jetzt sind? Ein Land, das der Communications-Mittel bedürftig ist, ein Land, welches fühlt, daß seine materielle Entwickelung durch den Mangel derselben leidet, will nicht diesen Mangel ersetzen durch das Opfer von Rechts-Prinzipien, will nicht die Eisenbahn um den Preis des Rechts erkaufen. Eine so große Gesinnung belebt in mir das Vertrauen, daß der Preußische Staat eine große Zukunft habe. Glücklich die Dynastie, welche über ein Volk herrscht, das solche Gesinnung, gepaart mit der treuesten Anhänglichkeit und Ergebenheit für den Thron, hegt! Mit einem solchen Volke kann man in der Freiheit weit gehen, mit einem solchen Volke kann man in der Freiheit weit gehen, mit einem solchen Volke kann Großes geschaffen werden! Die Gründe, welche die Vertreter jener Provinz für ihr verneinendes Votum bei der Frage der Anleihe angeführt haben, leiten auch mich, wenigstens theilweise, um diese Frage zu verneinen. Aber auch noch andere Gründe bestimmen mich zu diesem Votum. Ich meinestheils kann mir, um einen meiner Gründe anzuführen, die Bewilligung einer Anleihe von 20 oder 30 Millionen nicht denken, ohne daß ein bestimmtes Gesetz deshalb vorgelegt werde, ein Gesetz, in welchem, ähnlich wie in dem von 1820 bestimmt werde, in welcher Weise die künftige Verwaltung, die künftige Mitwirkung der Stände bei der Verwendung dieses Geldes stattfinden soll, ein Gesetz, in welchem der Umfang des Kapitals genau bestimmt ist, ein Gesetz, in welchem genau angegeben wird, zu welchen Bedingungen die Stände das Gouvernement ermächtigen, Anleihen zu schießen. Ein solches Gesetz ist nicht vorgelegt; es muß aber die erste Regel einer ständischen Versammlung sein, wenn es sich um Geldfragen handelt, es damit sehr genau zu nehmen. Bei Geldfragen hört die Gemüthlichkeit auf, (Heiterkeit in der Versammlung.) da muß blos der Verstand uns leiten. Es sind noch andere Verhältnisse, die mein Votum motiviren. Die dermalige Einrichtung der Finanz-Verwaltung halte ich für höchst ungenügend. Ich bin der Meinung, daß, so wie diese

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

(Fortsetzung aus der ersten Beilage.)

Einrichtung beschaffen ist, eine tüchtige, kräftige Finanz-Verwaltung fast zur Unmöglichkeit gehört. Unter Finanz-Verwaltung verstehe ich nicht gerade die Besorgung der Einnahmen und Ausgaben nach Maßgabe der Etats und der Steuergesetze, sondern ich verstehe darunter auch das Zusammenhalten, das Verwalten sämmtlicher Staatsmittel zu einem und dem nämlichen Zwecke — mit einem Worte, eine Harmonie in der Verwaltung aller Zweige, die zu den Finanzen gehören. Da tritt nun als erster Uebelstand — wenigstens nach meiner Meinung halte ich ihn dafür — die Zersplitterung entgegen, in welcher die Finanz-Verwaltung sich befindet. Da haben wir erstlich ein Ministerium, welches das der Finanzen heißt, welches sie aber zum Theil gar nicht zu besorgen hat, und dessen Beschäftigung zum großen Theile auf Handel und Gewerbe gerichtet ist. Da haben wir ein anderes Ministerium, welches den Staaatsschatz besorgt; wiederum ein anderes oder doch eine Immediat-Verwaltung für die Post, die doch dem Finanz-Departement und, wenn diesem nicht, doch wenigstens dem Handels-Ministerium untergeordnet sein sollte. Dann ist noch ein besonderes Ministerium für die Domainen-Verwaltung da, die ebenfalls nur ein Theil der allgemeinen Finanz-Verwaltung sein sollte, und endlich haben wir noch ein die Finanz-Operationen besorgendes Ministerium, nämlich das, unter welchem die Seehandluug und die Bank stehen. Ich erkenne in diesen Einrichtungen keine gehörige Sicherheit dafür, daß das Anleihe-Wesen gut besorgt werde. Ein Grund des Verneinens der Anleihe, ebenfalls aus der Finanz-Verwaltung hergenommen, liegt für mich auch darin, daß dermalen die Grundsätze über dasjenige, was als Anleihe, als Staatsschuld unserer Zuziehung und Mitgarantie bedarf, nicht festgestellt sind. So lange diese Grundsätze nicht genügend feststehen, werde ich für meinen Theil niemals eine Anleihe votiren können; denn, wenn man nicht volle Gewißheit darüber hat, daß die Stände Alles, was zum Staatsschuldenwesen gehört, kontrolliren können, ist es unmöglich, eine Anleihe außerdem noch zu bewilligen. Ich komme nun, meine Herren, zum letzten Grunde, aus welchem ich die Anleihe nicht bewillige. Ein Grund, der in der Meinung beruht, daß für die Herstellung der Bahn die Mittel vorhanden sind, die ich jetzt so frei sein werde, näher zu bezeichnen. Und so gehe ich denn dazu über, die Frage des Staatsschatzes zu erörtern. Ich werde, indem ich dies thue, gewiß kein Wort sagen, was dem Staats-Kredite schaden könnte; im Gegentheil, wenn der Gegenstand gründlich erörtert wird, kann dies, wie überhaupt jede gründliche Erörterung hier, nur zur Stärkung des Kredites insofern, als er auf die Kräfte des Staates basirt ist, beitragen. Der einzige Eindruck, der daraus für das Geld-Publikum hervorgehen möchte, könnte nur darin bestehen, daß eine wesentliche Reform zu wünschen sei. Ich verkenne nicht, indem ich vom Staatsschatze rede, daß ich einer gewissermaßen traditionellen Meinung entgegentrete, dahin gehend, daß auf dem Bestehen eines solchen Staatsschatzes die Größe und Sicherheit Preußens vorzüglich mit beruhe. Ich habe nach Wahrscheinlichkeits-Rechnungen gewisse Muthmaßungen über den ungefähren Umfang des Staatsschatzes, der jetzt müßig liegt, — und wenn ich meine Muthmaßung hier ausspreche, so werden sie gewiß nicht dem Staatskredit schaden, darauf verlassen Sie sich. — Meine Meinung geht dahin: Ich verlange keineswegs eine Erklärung darüber, ob und inwiefern sie richtig sei; ich führe aber eine Muthmaßung an, damit ich diejenige Rechnung Ihnen deutlicher machen könne, die ich über die bestehenden Nachtheile demnächst zu machen habe; — meine Muthmaßung also ist, daß die in dem Staatsschatze müßig liegenden Gelder weit über 30 Millionen Thaler betragen. Nach der von dem Herrn Schatz-Minister uns mitgetheilten Denkschrift sind sämmtliche Gelder des Staatsschatzes baar vorhanden, mit alleiniger Ausnahme von etwa 2 Millionen Thalern, die in Staats-Schuldscheinen angelegt sind. Um nun die Rechnung der aus diesem Zustande entstehenden Nachtheile Ihnen deutlich zu machen, nehme ich an, die runde Sümme von 30 Millionen Thalern läge baar müßig . . . . (Einige Unruhe.) Wenn wir ein Kapital zu 4 pCt., dem gewöhnlichen hypothekarischen oder Wechsel-Zinsfuße, unterbringen und jährlich die Zinsen zum Kapital schlagen und wieder unterbringen, so ist das Kapital in 18 Jahren verdoppelt, es ist in 28 Jahren verdreifacht und in 36 Jahren vervierfacht. Wir würden aber, um die Nachtheile zu ermessen, die aus diesem Müßigliegen des Geldes entstehen, unrichtig rechnen, wenn wir hierbei den Zinsfuß zu 4 pCt. nur annehmen; denn in der Volkswirthschaft ist das Verhältniß anders Hieraus folgt, daß sehr viel erworben werden kann für die Nation an Wohlstand und an Verbesserung der Gewerbe und des Ackerbaues mit dem Kapitale, was dort müßig in den Kellern liegt, und daß wir nicht eine Rente zu 4 pCt., sondern durchschnittlich wohl eine zu 8 pCt. hierfür annehmen dürfen. Ich habe nun die Gründe zu denjenigen Bemerkungen vorgetragen, die meine Petition enthält, und modifizire dieselbe durch ein Amendement folgenden Inhalts: „Se. Majestät den König ehrfurchtsvoll zu bitten, daß Allerhöchstdieselben vorläufig die Verwendung von 10 Millionen Thaler aus den im Staatsschatze liegenden baaren Geldern zum kräftigen Angriff des Baues der Preußischen Ostbahn anordnen möge.“

Staats-Minister v. Thile: Durch die eben zur Berathung vorliegende Petition finde ich mich in die Nothwendigkeit versetzt, die hohe Versammlung darauf aufmerksam zu machen, daß auf die Gelder des Staatsschatzes zu dem Zwecke des Eisenbahnbaues nach Preußen nicht zu rechnen sein möchte, weil der Staatsschatz eine spezielle Bestimmung hat, die mit einer solchen Verwendung unverträglich ist. Um dies einigermaßen zu erklären und zu rechtfertigen, möge es mir vergönnt sein, auf die Natur und Bedeutung des Staatsschatzes für unsere Monarchie etwas näher einzugehen, als ich es schon früher bei der Berathung in der Abtheilung gethan habe, und dazu muß ich damit beginnen, einen kurzen Blick auf die politische Stellung des preußischen Staates zu werfen. Der preußische Staat liegt inmitten aller Großmächte von Europa, wie Deutschland in der Mitte aller europäischen Länder. Es kann in Europa kaum ein bedeutender Krieg sich entzünden, an dem Preußen und Deutschland nicht Theil zu nehmen haben, in den sie nicht verwickelt würden. An Menschenzahl und materiellem Reichthum stehen wir weit hinter unseren mächtigen Nachbarn zurück. Der Staat ist in einem schmalen Länderstreif auf 200 Meilen Länge auseinandergedehnt, von der Gränze des einen Großreichs bis zur Gränze des anderen. Ein Theil unserer Armee hat 150 Meilen zu marschiren, ehe er diese äußeren Gränzen erreicht. In einer solchen politisch nachtheiligen Lage befindet sich Preußen. Was haben wir denn für Mittel, diese Nachtheile aufzuwägen? Kein anderes, als den alten preußischen Geist, Schnelligkeit und Entschlossenheit im Handeln. Die Petition stützt sich besonders auf zwei Gründe; es wird zuerst gesagt, seitdem eine ständische Versammlung kreirt sei, bedürfe es keines Kriegsschatzes mehr, weil das legale Mittel dadurch gegeben wäre, in jedem Augenblick eine Anleihe zu machen. Dieser Grund ist nach meiner Ansicht unhaltbar, es stehen ihm zwei große Schwierigkeiten entgegen. Wenn ein Krieg auszubrechen droht, so ist oft nicht die Zeit vorhanden, eine rechtzeitige Anleihe zu machen, und oft sind auch die Konjunkturen dazu nicht günstig. Ich komme auf das zweite Moment in der Petition: Es sei gegen alle gute staatswirthschaftliche Theorie, baare Gelder müßig niederzulegen. Eine jede Theorie, welche sich vom Leben ablöst und sich in bloßer Abstraction hinstellt, ohne die Dinge anzusehen, wie sie sind, ist fehlerhaft und führt zu falschen Schlüssen. Ich habe oft gehört, zum Kriegführen brauche man eigentlich nicht viel Geld, man brauche ihn nur in Feindes-Land zu spielen und auf Feindes-Rechnung zu zehren. Dies ist sehr leicht a u s g e s p r o c h e n, aber weit schwerer a u s g e f ü h r t. Die Männer, welche den Krieg mitgemacht und ihn in einem Alter mitgemacht haben, wo sie ihn schon mit Mannes-Auge haben überschauen können, wissen das besser. Wenn ich alle Bedürfnisse hier aufführen wollte, welche zu einer Kriegsführung und selbst zu einer ersten Ausrüstung zum Kriege nöthig sind, so würde ich eine sehr lange Liste vor mir haben, mit der ich die hohe Versammlung nicht ermüden möchte. Ich will nur einen Punkt beispielsweise hervorheben: den des Soldes und der Verpflegung der Armee. Wenn unser Heer von dem sehr mäßigen Friedensfuße beim Ausbruche eines Krieges auf einmal auf die dreifache Höhe gehoben werden soll, so liegt auf der Hand, daß die Staats-Kassen, welche auf ihre gewöhnlichen Einnahmen angewiesen sind, unmöglich eine solche dreifache Sold- und Natural-Verpflegung der Armee auch nur drei Monate lang durchführen könnten. So lange aber, als es preußische Fahnen im Felde gegeben hat, ist es stets ein unerschütterlicher Grundsatz gewesen, daß unsere Armee ohne Sold nicht leben kann. Diesen Grundsatz haben wir heilig und fest zu bewahren. Eine Armee ohne Sold wird eine Räuberbande, weil sie eine werden muß. Im Jahre 1830, wo wir keinen Krieg hatten, war ein großer Theil unserer Armee auf den Kriegsfuß verstärkt, und ein halbes, vielleicht ein ganzes Jahr mußte sie in dieser Weise in unseren eigenen Provinzen stehen. Meinen Sie, daß die Staatskassen im Stande gewesen wären, die Truppen zu besolden und zu verpflegen? Sie hätten es nicht gekonnt Der Staatsschatz hat die Ausgabe bestreiten müssen, und nur dadurch ist die Zeit vorübergegangen ohne Druck und ohne schwere Lasten für das Land. Im Jahre 1813 aber, sagt man, hatten wir Truppen und führten Krieg, ohne Geld zu haben; das ist wahr. Wir haben 1813 mit einem kleinen Häuflein im Anfang und ohne Geldmittel Großes ausgeführt, allein das Jahr 1813 ist nicht als Maßstab für die gewöhnlichen Verhältnisse der Dinge anzulegen. Eine beispiellose Volksbegeisterung hat damals freilich möglich gemacht, was sonst unmöglich gewesen wäre. Wir wissen aber auch noch wohl, was zu ihr geführt hat: Eine 7jährige Taufe der Leiden und Demüthigung. Ich glaube, wir werden nicht wünschen, um einen s o l c h e n Preis Aehnliches wieder zu erleben. Die Frucht war vortrefflich, die Wurzel um so bitterer Aber auch damals sind wir nicht ohne Kriegsschatz gewesen. Wir haben mit englischen Geschützen, mit englischen Gewehren, mit englischen Montirungen, mit österreichischem Pulver, das wir auf Kredit erhielten, den Krieg angefangen, unsere Festungen armirt und unsere Schlachten geschlagen. Es wird Vielen unter Ihnen, meine Herren, noch im Gedächtniß sein, wie viel rothe und hellblaue Röcke wir damals in der Armee statt der preußischen Farben gesehen haben. (Von vielen Seiten Zeichen der Bestätigung.) Wir hatten also auch damals einen Kriegsschatz, wir fanden ihn in der Freundschaft und in der Hülfe unserer Verbündeten; aber auch innere Hülfsmittel mußten hinzutreten; gezwungene Anleihen mußten gemacht, nothgedrungene Lasten auf das Volk gelegt werden. Sie erinnern sich dessen ja hinreichend. Das ist es, was ich zur Rechtfertigung des Bedürfnisses eines Kriegsschatzes für Preußen im Allgemeinen zu sagen hatte. Ich komme nun nur noch mit wenigen Worten auf die letzte Rede, die wir eben vernommen haben. Der geehrte Redner hat seine Muthmaßungen über die Höhe des preußischen Staatsschatzes ausgesprochon, und ich bin ihm für diese Eröffnung, die er der hohen Versammlung gemacht hat, sehr dankbar. Ich theile auch seine Hoffnung, daß diese von ihm gemachte Eröffnung dem preußischen Staats-Kredit nichts geschadet hat, vielleicht auch nichts genützt. Ueber die Höhe des preußischen Staatsschatzes bin ich indeß, durch Amtspflicht gebunden, in der Nothwendigkeit, fortdauernd ein Stillschweigen beobachten zu müssen und muß es dahingestellt sein lassen, was die hohe Versammlung darüber glauben will, ob der geehrte Herr Redner in seiner Angabe die Wahrheit getroffen hat oder nicht. Nur Eines habe ich zu bemerken: der Herr Redner hat zugestanden, daß Preußen einen großen Reserve-Fonds an Geld, der jeden Augenblick disponibel zu machen wäre, haben müsse. Wenn er nun supponirt, daß der Staatsschatz 30,000,000 Rthlr. betragen möge, und verlangt, daß davon 26- bis 34,000,000 Rthlr. für die Eisenbahn entnommen werden sollen, so will es mir sehr zweifelhaft erscheinen, ob die hohe Versammlung damit einverstanden sein würde, daß der E r t r a g d i e s e r B a h n jenen hinreichenden und stets disponiblen Reserve-Fonds genügend darbieten würde. In dem Amendement ist die Summe von 26,000,000 Rthlr auf 10,000,000 Rthlr. reduzirt worden; aber wenn der Staatsschatz auch nur 10 Millionen über den wirklich nothwendigen Bedarf, den sein Zweck erfordert, hätte, so würde ich der Erste sein, der in die Klage über Unwirthschaftlichkeit mit einstimmte. Denn die Wirthschaftlichkeit der Regenten soll allerdings eine staatswirthschaftliche, also nicht darauf berechnet sein, viele Millionen ohne Noth und ü b e r die Noth todt niederzulegen. Ich kann mit Vergnügen versichern, meine Herren, daß dies nicht der Fall ist. Wenn der Staatsschatz die Höhe erreicht hat, die die Weisheit Sr. Majestät des Königs für das dringende Bedürfniß der Kriegsführung als ausreichend erachten wird, dann — ich glaube die Versicherung aussprechen zu dürfen — wird kein Thaler mehr hineingelegt werden. Ob der Moment, daß der Schatz diese Höhe erreicht hat, schon jetzt da ist oder noch in weiter Ferne liegt, darüber habe ich mich aus den angeführten Gründen nicht zu äußern. Ich darf noch ein Zweites

zur Beruhigung hinzufügen. In Zeiten großer Landes-Kalamität, wie namentlich die gegenwärtige ist, darf man, nach meiner innigen Ueberzeugung, sich versichert halten, es wird in solchen Zeiten kein Geld in den Staatsschatz niedergelegt werden. Se. Majestät der König wird gewiß nie die Augen von der gegenwärtigen und dringenden Noth abwenden, um an die Befriedigung eines fernliegenden und ungewisseren Bedürfnisses zu denken. Daß aber der Bau der preußischen Bahn mit einem Kriegs-Nothstande nicht in Verhältniß zu stellen ist, darauf glaube ich schließlich hinweisen zu dürfen, und ich bitte demnach die hohe Versammlung angelegentlichst, daß sie auf die Petition und das Amendement des geehrten Antragstellers nicht weiter eingehen wolle. (Bravoruf von der linken Seite.)

Abg. v. Brünneck: Es dürfte wohl in den Wünschen der hohen Versammlung liegen, wo möglich in der vorliegenden Frage einen übereinstimmenden Beschluß zu gewinnen. Wir haben vielerlei Bedenken auf der einen Seite gehört, auf der anderen Seite haben wir auch entgegengesetzte Ansichten vernommen. So weit, wie ich aber glaube, die Stimmung der hohen Versammlung verstanden zu haben, habe ich, um einen übereinstimmenden Beschluß zu gewinnen, mir erlaubt, Sr. Durchlaucht ein Amendement einzureichen, welches ich schon gestern mir anzudeuten erlaubte. Ich werde mein ganzes Amendement vortragen, wobei ich noch besonders bemerken muß, daß ich die Absicht damit verbunden habe, erstens wo möglich einen übereinstimmenden Beschluß zu erlangen, dabei aber auch zweitens das provinzielle Interesse nicht ganz außer Augen zu setzen, was ich nicht verantworten zu können glauben würde. Vielmehr wünsche ich dieses in Uebereinstimmung zu bringen mit dem höheren Staats-Interesse, mit dem allgemeinen Interesse, was, wie ich glaube, dadurch erreicht werde, wenn das angenommen wird, was ich vorzuschlagen mir erlauben will.

Amendement.

Die vereinigten Stände-Kurien mögen auf die Allerhöchste Botschaft vom 28. März 1847: 1) sich damit übereinstimmend erklären, daß die Ausführung der östlichen Eisenbahn in möglichst direkter Richtung von Königsberg nach Berlin vom Staate selbst übernommen werde und dazu, insbesondere und vorzugsweise zu den Brückenbauten über die Weichsel und Nogat und die damit verbundenen Strom- und Deich-Regulirungen, einstweilen die dazu bestimmten, dem Eisenbahn-Fonds zu Gebote stehenden und noch ferner zufließenden Mittel verwandt werden. 2) In der Ueberzeugung, daß sowohl das finanzielle, als das politische und militairische Interesse des Staats es erfordern, daß derselbe sich die völlig freie und alleinige Disposition über diese Hauptbahn sichere, und daß es für die Erreichung dieses Zweckes unumgänglich nothwendig ist, diese Bahn direkt von hier ausgehen zu lassen, werde allerunterthänigst gebeten, die Strecke von hier direkt über Küstrin gleich mit in den Hauptplan aufnehmen und gleichzeitig feststellen zu lassen. 3) Dagegen werde, was die Zustimmung zur Kontrahirung der proponirten Staats-Anleihe behufs der zu beschleunigenden Ausführung dieser Bahn anbetrifft, in Betracht der dabei obwaltenden Bedenken, so wie auch wegen der gegenwärtigen ungünstigen Konjunktur des Geldmarkts, ehrfurchtsvoll gebeten, auf die desfallsige Entscheidung einstweilen zu verzichten und für diesen Zweck dem nächsten Vereinigten Landtage eine Allerhöchste Proposition vorlegen zu lassen, um so mehr, als man hoffen dürfe, daß bis dahin die jetzige Geldkrisis gehoben sein dürfte und bei sodann möglich werdendem um so kräftigeren Angriff der ganzen Bahn diese dennoch in der vorgesetzten Zeit und gleichzeitig mit der Vollendung der Brückenbauten auszuführen sein werde. Es würde vielleicht von Seiten des Herrn Marschalls angemessen gefunden werden, sich über den dritten Punkt zunächst zu einigen und dann über die anderen beiden Fragen, da es möglich sein könnte, daß über alle drei Punkte zugleich eine Uebereinstimmung nicht zu erreichen wäre, wohl aber über den dritten Punkt allein.

Marschall: Es ist zu ermitteln, ob der Vorschlg des Abgeordneten von Brünneck in seiner jetzigen Fassung noch die gesetzliche Unterstützung von 24 Mitgliedern findet, welche das durch Aufstehen würden zu erkennen geben.

(Wird hinreichend unterstützt.)

Graf v. Itzenplitz: Ich erlaube mir daran zu erinnern, daß, wenn wir die Anleihe nicht bewilligen, nicht blos der Provinz Preußen ein sehr großer Nachtheil zugefügt wird, auch nicht blos ein Nachtheil zugefügt dadurch, daß der Zustand der Provinz Preußen auf das ganze zurückwirkt, sondern es werden auch dem Herrn Finanz-Minister die Hände gebunden, um andere Eisenbahnen befördern zu können, deren es noch im Osten und Westen giebt, die ohne Hülfe des Staates (in welcher Art sie auch eintreten mögen) nicht ausgeführt werden können. Das sind wenige praktische Bemerkungen, die Sie einem praktischen Geschäftsmann zu Gute halten wollen. — Ich komme nun auf einen anderen Punkt, der mir noch höher steht, er betrifft die politischen Fragen, die an diese Debatte angeknüpft worden sind. — Ich ehre die Ueberzeugung eines Jeden; wir wollen Alle die unsrige mit Achtung und Ernst verfechten; ich habe meine Ansicht auch und thue nach Kräften das Gleiche. Aber, meine Herren, die Frage steht heute nicht mehr so, wie damals, als wir über die Landrenten-Banken verhandelten. — Damals, meine Herren, waren die hochwichtigen Petitionen, die Sie mit großer Majorität beschlossen haben, noch nicht erörtert. Jetzt hat sich diese Kurie vollständig über diese Frage ausgesprochen. Nachdem dies geschehen, glaube ich, können Sie Ihren politischen Wünschen, nach meiner Ueberzeugung, kein größeres Gewicht anhängen, für dieselben kein stärkeres Argument im Herzen unseres hochherzigen Königs geltend machen, als wenn Sie gerade, während die Frage noch nicht entschieden ist, der Regierung Vertrauen beweisen. Ich glaube, daß in dem Herzen dieses unseres Königs ein Vertrauen, welches wir ihm heute beweisen, wiederklingen wird. Ich wende mich hier gerade an die Mitglieder der Provinz Preußen und an diejenigen, die ihre Ansichten theilen, Männer, welche bei ihren bestimmten Ansichten über Politik alle Zeit ein patriotisches, echt preußisches Herz bewahrt und bewährt haben, ich wende mich an diese und bitte sie, zu erwägen, daß das Größte, daß das Beste und das Stärkste, was sie thun können, ist, dem Könige Vertrauen zu beweisen; gerade um Ihre politischen Institutionen entwickelt und resp. ausgedehnt zu sehen. Ich resumire also meine bescheidenen Worte in Kurzem dahin: Die hohe Versammlung vergesse wegen der Theorie nicht die Praxis, von der theilweis unsere Kommittenten leben müssen, und sie beweise der Regierung und dem Könige Vertrauen; dann köunen wir um so eher hoffen, daß man auch dem Lande und den Ständen Vertrauen schenken wird. (Bravo!)

Marschall: Die Aeußerungen des letzten Redners beweisen; daß es richtig war, wenn ich erwartete, daß es nicht möglich sein würde, über den Vorschlag des Abg. v. Brünneck ganz allein und abgesondert von der Hauptfrage zu sprechen, sondern daß dann auch auf den Gegenstand selbst eingegangen werden würde. Ich halte es für unmöglich, daß das vermieden wird, um so weniger wird man es erwarten können. Es fragt sichalso blos, ob die Versammlung die Berathung reif zum Schlusse hält? (Viele Stimmen: Ja.) Um das noch deutlicher zu machen, würden alle die, welche den Schluß der Berathung wünschen, dies durch Aufstehen zu erkennen geben.

Landtags-Kommissar: Es haben mehrere Redner, ich sage nicht eine Partei, indem sie die dringende Nothwendigkeit des Baues anerkennen, indem sie von den aufgestellten Gegengründen die meisten zurückweisen, dennoch ein verneinendes Votum deshalb angekündigt, weil sie sich für nicht befähigt hielten, in dem gegenwärtigen Stadium des ständischen Lebens überhaupt für ein Darlehn zu stimmen. Ich darf diesen Herren in ihren Deductionen nicht folgen, weil wir uns von neuem in ein Feld verlieren würden, welches die Versammlung länger als eine ganze Woche beschäftigt hat. Ich ehre, wie es von Anderen geschehen ist, jede Ueberzeugung, wenn ich mich gleich nicht in dieselbe hineinfinden kann; aber für die Regierung muß ich, diesen Zweifeln gegenüber, die Freiheit in Anspruch nehmen, auch ihrererseits so zu handeln, wie sie es glaubt verantworten zu können. So wird nun das Votum über die vorliegende, für die Monarchie nicht unwichtige Frage fallen. Es kann mir nicht in den Sinn kommen, ein Votum kaptiviren, auf Ihre Ueberzeugung weiter influiren zu wollen, aber das Vertrauen, den Glauben darf ich der Regierung vindiziren, daß sie in der Ueberzeugung gehandelt hat, dem Vaterlande durch ihre Proposition eine große Wohlthat zuzuwenden. Das die Nation dies anerkennen werde, hoffe ich zuversichtlich. Ich schließe mit den Worten: in magnis et voluisse sat est.

Marschall: Wir kommen also zur Abstimmung, und zwar in der Weise, daß zuerst über den Antrag der Abtheilung abzustimmen sein wird. Ich würde einer anderen Meinung sein, wenn ein Vorschlag während des Laufs der Berathung gemacht worden wäre, welcher dahin ginge, den Antrag der Abtheilung zu modifiziren. Ein solcher ist aber nicht gemacht worden. Der Antrag des Abgeordneten v. Brünneck tritt dem Vorschlage der Abtheilung auch nicht modifizirend bei, sondern würde an die Stelle desselben treten. Es ist also kein Antrag vorhanden, welcher Anspruch hat, vor dem Antrage der Abtheilung zur Abstimmung gebracht zu werden, und die erste Frage wird daher auf den Antrag der Abtheilung zu richten sein. Derselbe wird noch einmal verlesen werden. (Mehrere Stimmen verlangen die Abstimmung, andere dagegen das Vorlesen des Antrages.) Es ist auf namentliche Abstimmung angetragen worden: es fragt sich ob dieser Vorschlag unterstützt wird. (Dies geschieht.) Es wird die namentliche Abstimmung stattfinden. Die Frage ist auf den Antrag der Abtheilung gerichtet und lautet: „Tritt die Versammlung dem Antrage der Abtheilung bei?“ Dieser Antrag wird noch einmal verlesen werden.

Secretair v. Waldbott (liest nachstehenden Vorschlag der Abtheilung vor): „Auf die Allerhöchste Botschaft vom 28. März 1847 die ständische Zustimmung zu erklären, zu einer Staats-Anleihe, welche aus dem durch die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 22. November 1842 bis zum Betrage von jährlich 2 Mill. ausgesetzten Eisenbahnfonds zu verzinsen und zu tilgen, und welche zu verwenden ist, behufs beschleunigter Herstellung der östlichen Eisenbahn von Königsberg bis Driesen unter gleichzeitiger Erbauung der Zweigbahn von Danzig bis Dirschau.

Marschall: Wir kommen also jetzt zum namentlichen Aufruf. (Dies geschieht.) Das Resultat der Abstimmung ist Folgendes: Für Ja haben gestimmt 179; für Nein haben gestimmt 360.

Es ist anzuzeigen, daß die Sitzung der Vereinigten Kurien, welche übermorgen um 10 Uhr stattfinden wird, sich zu beschäftigen haben wird mit der Berathung über die Königliche Proposition, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer betreffend. Die Sitzung welche morgen um 10 Uhr stattfindet, hat sich zu beschäftigen mit der Fortsetzung des Gegenstandes, der uns heute beschäftigt hat. Die übrige Tagesordnung überlasse ich dem Herrn Marschall der Kurie der drei Stände anzuzeigen.

Der Marschall der Kurie der drei Stände v. Rochow: Für die Kurie der drei Stände wird folgende Tagesordnung stattfinden. Es kommen zur Berathung: 1) Gutachten, betreffend die Beitragspflichtigkeit der Dominien znr Unterhaltung der Schulhäuser. 2) Gutachten, betr. die Holzdiebstähle und Waldfrevel. 3) Gutachten, betr. die Todeserklärung verschollener Seeleute. 4) Gutachten, betr. die Vorlegung aller Gesetze über das Prozeß- und Gerichtsverfahren an die Stände. 5) Gutachten, betr. die Schärfung der Strafen für Diebstahl, Raub und ähnliche Verbrechen. 6) Gutachten über verschiedene Gnadengesuche. 7) Gutachten, betr. die Aufhebung der Erbschaftsstempel-Steuer bei der Succession unter Eheleuten. 8) Gutachten, betr. einfachere und billigere Einrichtung der Gerichtskosten. 9) Gutachten, betr. baldige Emanirung von neuen Exekutions-, Konkurs- und Prozeß-Ordnungen. 10) Gutachten, betr. die Tragung der Kriminalkosten in unvermögenden Untersuchunssachen.

(Schluß der Sitzung gegen ½5 Uhr.)